


Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 403

9. Januar 1997

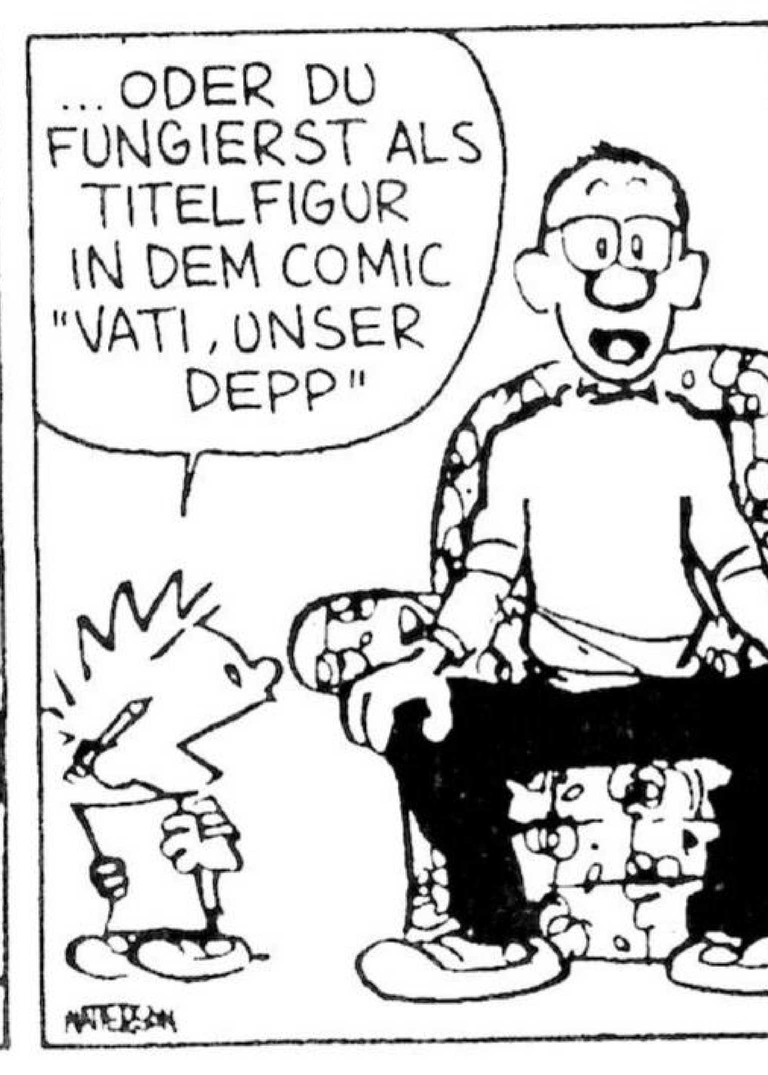
Hallo in Neunzehn-Neun-Sieben mit hoffentlich viel revolutionärem Elan,

unser Briefkasten war mehr als voll, es können also nicht alle nur auf der faulen Haut gelegen und sich vollgefressen haben. Weil soviel Beiträge da waren, haben wir einen Teil auf die näxte Woche verschoben, ohne daß sie auf der Ordnerliste auftauchen. Trotzdem müssen wir Stefanie und auch anderen mitteilen, daß ihre Briefe leider nicht angekommen sind...Dies ist unserer Auffassung nach aber kein Grund zur Panik, sondern ein internes Problem im Bereich unserer Postadrese. Genug der Kryptik - danke für die vielen Sweeties und überhaupt!
Das Titelbild ist Ausdruck unserer Hoffnung nicht unbedingt auf bessere Zeiten, aber zumindest höheren Temperaturen.
Ansonsten dauert die Geburtstagsparty für den Tenno in Lima immer noch an - keiner der Gäste möchte gehen, auch wenn der Gastgeberstatus vom japanischen Botschafter auf das Kommando Huerta der MRTA übergegangen ist. Alle harren aus, bis hoffentlich alle gefangenen GenossInnen der Tupac Amaru frei sind!
Ansonsten wirft die LLL-Demo vom 12.1. - ob nun "die größte sozialistische Demo in der BRD" bleibt mal dahingestellt - ihre Schatten voraus. Wir haben Zweifel daran, ob sich die drei L so zusammenschmeißen lassen, wie das in den meisten Aufrufen der Fall ist. Die weibliche L hat jedenfalls in ihrer Schrift "Zur russischen Revolution" - deren Lektüre wir schärfstens empfehlen - sich vom leninistischen Revolutions- und vor allem Postrevolutionsmodell scharf abgegrenzt und dies als Diktatur abgelehnt.
Viele Autonome, die an der Demo teilnehmen werden, sollten sich ehrlich fragen, ob sie "nur" der Bullenangriff vom letzten Jahr dorthintreibt, oder ob sie die Aufrufe der diversen K- und BehNull-Gruppen und Grüppchen wirklich inhaltlich ansprechen.













Inhaltsverzeichnis:



Ordnerliste:
-Rechtsanwalt flippt aus
-Kriterienkatalog 11. Lesbenwoche
-"Volk, Heimat und Vaterland gehören uns" (Infozentrum freie Völker-Nachrichtenbulletin Türkei und Kurdistan)
-LEurope des luttes

**Impressum:**

**Herausgeberin:**
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

**Redaktionsanschrift:** ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag

# Solidarität mit dem Kampf der MRTA

Statt Naturkatastrophen und nationale Metzeleien hatten die Medien am 18.12.96 etwas für die heutige Zeit Unerhörtes zu vermelden. Ein bewaffnetes Kommando der linken peruanischen Guerilla 'Bewegung Tupac Amaru' hatte die japanische Botschaft in Lima während eines Empfangs besetzt und die ganze Festgesellschaft als Geißeln genommen, die sie gegen Gefangene ihrer Bewegung austauschen wollten. Die Hintergrundinformationen in den Massenmedien kamen meist über die übliche Klischees von den 'Narkoterroristen' nicht hinaus. Das wird nicht verwundern. Das war und ist die Sprache der Staatsmedien gegen revolutionäre Bewegungen. Nur leider gehen auch in der Linken die Informationen über die MRTA nicht über das hinaus, was die Medien melden.
Im Folgenden einige Kurzinformationen über die MRTA und unser Interesse an dieser Organisation.

## *Wer ist die MRTA?*

Im Movimiento Revolucionario Tupac Amaru sind ArbeiterInnen, Bauern, StudentInnen und progressive Intellektuelle organisiert. Die Organisation entstand 1984 als bewaffnete Organisation Ejerctio Popular Tupacamarista (EPT). Ziel ihres Kampfes ist die sozialistichen Revolution. Mitglieder der MRTA arbeiten klandestin in Organisationen der ArbeiterInnen, der BäuerInnen und StudentInnen. In den letzten Jahren hat die Organisation nach dem Rückzug der sozialen Bewegungen und der Verhaftung vieler ihrer Kader einen 'taktischen Rückzug' durchgeführt. Ihre Hauptarbeit liegt zur Zeit auf der Reorganisation der Volksorganisationen und des Schaffung von revolutionären Bewußtseins unter deren AktivistInnen. Der bewaffnete Kampf hat in dieser Strategie den Stellenwert bewaffneter Nadelstiche gegen den Staat.

## *Zur Situation der Gefangenen*

Wie alle revolutionären Organisationen hat auch die MRTA mit staatlicher Repression zu kämpfenm die in Peru seit dem Fujimori-Putsch 1992 erheblilch zugenommen hat. Menschenrechtsorganisationen wie Amnestie international prangern regelmäßig die Politik der Folter und des Verschwindenlassens Oppositioneller an. Sondergesetze gegen die linken Bewegungen geben der Polizei, Armee und Justiz alle Möglichkeiten der Repression in die Hand. Es gibt Tausende politische Gefangene in Peru. Es sind Mitglieder der BäuerInnen.- StudentInnen-, Frauen- und Gewerkschaftsbewegung. Die Festgenommenen werden innerhalb von 24 Std. verurteilt, ohne jede Möglichkeit der Verteidigung. Ein Jahr müssen die Gefangenen in totaler Isolation leben. Danach können sie eine halbe Stunde Besuch pro Monat bekommen, aber nur von unmittelbaren Angehörigen. Bis auf einen halbe Stunde Hofgang pro Tag sind die Gefangenen in einer kleinen Zelle eingeschlossen. Sie haben weder Radio noch Fernsehen. Es gibt für sie auch kein Recht auf medizinische Behandlung. Die Ernährung ist sehr schlecht. Oft sind die Lebensmittel verdorben und die Wächter mischen Scherben, Ratten oder Kakerlaken darunter. Die Bedingungen in den Knästen sind für Männer und Frauen gleich. Aber für die Frauen kommt die sexuelle Belästigung und Erniedrigung dazu. Außerdem leiden sie besonders unter dem Wassermangel. Alle Gefangenen bekommen zum baden, Wäsche waschen und trinken nur 2 Liter Wasser pro Tag.
Es gibt 12 Hochsicherheitstrakte in Peru. Einer davon ist der Militärstützpunkt der Marine. Ein anderes Gefängnis befindet sich in 4000 Meter Höhe in den Anden. Die klimatischen Bedingungen machen den Gefangenen das Leben schwer. Der Wind pfeift durch die Ritzen und dort ist es immer kalt. Viele Gefangenen leiden daher unter Krankheiten der Atemwege und des Magens.

## *Warum Solidarität mit der MRTA?*

Die MRTA ist eine der vielen Bewegungen, die sich nach Folge der kubanischen Revolution und dem revolutionären Kampf von Che Guevara weltweit gründeten. Nicht nur in Latein- und Zentralamerika, auch in Afrika, Asien und in den Metropolen Westeuropas, der USA und Japan begannen Stadtguerillas/os den Kampf um den Sozialismus.

Die kubanische Revolution und Che 's Kampf stellten einen Bruch innerhalb der kommunistischen Bewegung mit der Volksfrontpolitik und den Legalismus der an Moskau orientierten Kommunistischen Parteien auf dem amerikanischen Kontinent dar. Mit diesem Erbe der stalin'schen Politik in einem Land brachen Viele. Ihnen war klar: Der Sozialismus kann nicht in einem Land aufgebaut werden, sondern er muß weltweit erkämpft werden. Weiterhin wird der Sozialismus nicht über den friedlichen, parlamentarischen Weg erkämpft, sondern in einer Kombination aller Mittel. Ihre Hauptbasis sind die städtischen Armensiedlungen.
Die MRTA hält an dieser Politik auch heute noch fest und lehnt alle Friedensgespräche und die Aufgabe des bewaffneten Kampfes ab. Damit steht sie weiterhin in der Tradition von Che Guveara.
Im Gegensatz dazu sieht sich die in Teilen der in den andinen Dörfern lebenden indigenen Bevölkerung verankerte Bewegung PCP/Sendero in der maoistischen Tradition.

## *30.Todestag von Che*

1997 jährt sich zum 30ten Mal der Mord an Che Guevara in Bolivien. Die Contras ermorderten ihn, weil sie den lebenden Che fürchteten. Sie konnten nicht ahnen, daß auch der tote Che überall auf der Welt für Menschen ein Symbol des revolutionären Kampfes werden sollte. Und selbst nach über 30 Jahren gelingt es nicht, Che zu einer Figur zwischen Kitsch und Popart zu verwandeln.

## 20 Jahre 'deutscher Herbst'

Auch in der BRD zeitigte der weltweite revolutionäre Kampf Ende der 60/Anfang der 70er Jahre Ergebnisse. Verschiedene in der Metropole kämpfenden Gruppen orientierten sich an Che. Neben der Bewegung 2.Juni waren es vor allem die GenossInnen der Rote Armee Fraktion, die daraus die Konsequenz zogen, bewaffnet zu kämpfen.. Vor 20 Jahren, 1977 wurden die Kader der Metropolenguerilla in Stammheim und Stadelheim ermordert. Was als deutscher Herbst in die Geschichte einging, war die staatliche Reaktion auf antagonistischen Widerstand. Die gesamte revolutionäre Bewegung sollte getroffen werden. Und das staatliche Kalkül ging weitgehend auf. Der deutsche Herbst steht für das Ende des revolutionären Aufbruchs in der BRD, für den Rückzug vieler AktivistInnen, für die Aufgabe revolutionärer Ziele zugunsten reformerischen Mitmachens. Trotzdem löste die sandinistische Revolution in Nicaragua und der Guerillakampf in El Salvador breite internationalistische Solidarität aus.

## Und heute?

Heute scheinen nur noch revolutionäre Gefangene an die Zeit des Aufbruchs zu erinnern und werden am Besten gar nicht mehr erwähnt. Wir wollen diskutieren über die Solidarität mit diesen Gefangenen und die Solidarität mit den revolutionären Kämpfen auf internationaler Ebene. Wir wollen zum 18.März, dem Tag des politischen Gefangenen für die Freilassung aller politischen Gefangenen demonstrieren und uns mit der Prozeßerklärung Birgit Hogefelds ebenso auseinandersetzen, wie mit der Tatsache, daß es heute auch für Ex-RevolutionärInnen nicht mehr tabu ist, über VS-Programme die Wiedereingliederung ins legale Leben zu managen, wie bei Christoph Seidler geschehen. Wer Interesse daran und an aktiver Mitgestaltung dieser Arbeit hat, ist willkommen.

**Kontakt: Venceremos, c/o M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin**

**Wir treffen uns ab 8.1.97 jeden Mittwoch um 20 Uhr in der Kantine des Tommy-Weisbecker-Hauses, Wilhelmstr. 9, Nähe U-Bahnhof Hallesches Ufer**

# DICKE FISCHE IM NETZ DER TUPAC AMARU

**Seit Dienstag, dem 17.12.1996 ist die japanische Botschaft in Lima (Peru) von 20 Männern und Frauen der revolutionären Bewegung "Movimiento Revolutionario Tupac Amaru" (MRTA) besetzt. Sie waren als Partyservice getarnt in das Gebäude eingedrungen und hatten mehr als 600 Botschafter und internationale Vertreter aus Politik und Wirtschaft während der Geburtstagsfeier des japanischen Kaisers Akihito überrascht. Bis auf 105 (Stand 25.12.) peruanische und japanische Geiseln wurden alle anderen bereits wieder freigelassen.**
**Die Aktion richtet sich gegen den Staatsterrorismus und die Wirtschaftspolitik des peruanischen Regimes, sowie auch gegen Japan als einen wichtigen Kreditgeber und Handelspartner, der die Menschenrechtsverletzungen in Peru unterstützt.**
**Konkret fordern die Tupac Amaru (MRTA) die Freilassung von 453 gefangenen GenossInnen, die Änderung der neoliberalen Wirtschaftspolitik zugunsten der Armen in Peru, sowie die Bezahlung einer "Steuer" zugunsten der Bevölkerung bzw. der Volksorganisationen wie z.B. auch der MRTA selbst.**

Nach dem Putsch durch Fujimori 1992 wurde eine zivilmilitärische Diktatur errichtet. Der größte Teil der Bevölkerung Perus lebt in absoluter Armut. Die neoliberale Wirtschaftspolitik des Staatspräsidenten Fujimoris hat wesentlich zu einer Verschärfung ihrer Lebensbedingungen geführt. Dies u.a. auch aufgrund des Drucks von Weltbank und des Weltwährungsfonds, denn wer kreditwürdig sein will, muß seine Finanzen von sozialem Wildwuchs befreien. Die knallharte Sparpolitik kostete viele Arbeitsplätze, mehr als 80% der PeruanerInnen sind unterbeschäftigt und überleben mit informellen Jobs. Die seit dem Putsch durch Fujimori in die Höhe schnellenden Wachstumsraten täuschen, an ihnen hat sich nur eine schmale Bevölkerungsschicht bereichert. Die meisten Menschen sind noch weiter ins soziale Abseits gedrängt worden, mehr als die Hälfte von ihnen lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Gegen die oppositionellen Bewegungen wurden Sondergesetze verabschiedet, die der Polizei, Armee und Justiz alle Möglichkeiten der Repression in die Hand geben. Es gibt tausende von politischen Gefangenen (z.B. Mitglieder der Frauen-, StudentInnen-, Bauern- und Gewerkschaftsbewegungen) in zwölf Hochsicherheitstrakten in Peru. Sie leben unter besonderer physischer und psychischer Folter.

Die Festgenommenen werden im Rahmen von Massenverurteilungen ohne Recht auf Verteidigung innerhalb von 24 Stunden von maskierten, also anonymen Richtern verurteilt. Ein Jahr müssen die Gefangenen in totaler Isolation leben. Danach können sie pro Monat eine halbe Stunde Besuch bekommen (aber nur von unmittelbaren Angehörigen). Sie haben weder Radio noch Fernsehen, ihnen steht eine halbe Stunde Hofgang am Tag zu. Sie haben kein Recht auf medizinische Behandlung und die Lebensmittel sind oft verdorben. Alle Gefangenen bekommen zum Baden, Trinken und Wäsche waschen nur zwei Liter Wasser am Tag. Die Bedingungen in den Knästen sind für Männer und Frauen gleich, aber für Frauen kommt die sexuelle Belästigung und Erniedrigung dazu. Fujimori ist fest entschlossen, die Widerstandsbewegungen komplett auszurotten. "In den Gefängnissen werden sie verfaulen und nur tot wieder herauskommen." (junge welt, 19.12.) Vor diesem

Hintergrund ist es bezeichnend, daß der UNsicherheitsrat nicht Position gegen die Menschenrechtsverletzungen in Peru bezieht, sondern allein die jetzige Botschaftsbesetzung (als Reaktion auf die dort herrrschende Staatsgewalt) als "Angriff auf die gesamte internationale Staatengemeinschaft" bezeichnet. Der humanitäre Deckmantel der UN wird damit zur Farce.

## Zur Politik der Tupac Amaru:

Im Gegensatz zu der maoistisch orientierten Bewegung "Leuchtender Pfad" sieht sich die MRTA in der Tradition des Guerilla-Kampfes von Che Guevara und steht der kubanischen Revolution nahe. Neben dem bewaffneten Kampf hat die Organisation immer der politischen Arbeit, beispielsweise in Gewerkschaften und Universitäten Priorität eingeräumt. Die Tupac Amaru Rebellen, die sich nach dem Anführer eines Indio-Aufstandes gegen die spanischen Kolonialherren benennen, hatten vor 14 Jahren mit Aktionen a la Robin Hood begonnen. So beraubten sie die Kreditbank in Lima, um das Geld den Armen zu schenken. Von den Familien ihrer Entführungsopfer hatten sie in der Vergangenheit oft gefordert, daß diese Lebensmittel in den Elendsvierteln verteilen. Im Herbst letzten Jahres plante die MRTA die Besetzung des Parlamentsgebäudes in Lima, mit den selben Zielen wie bei der jetzigen Botschaftsbesetzung. Die Aktion konnte damals jedoch nicht durchgeführt werden, weil das Kommando kurz vorher aufgedeckt wurde.

Mit der jetzigen Aktion ist den Rebellen dagegen ein erfolgreicher Schlag gelungen. Unter den Geiseln befinden sich unter anderem auch ein jüngerer Bruder Fujimoris, der Chef der Anti-Terror-Polizei sowie sein Vorgänger, der Staatsicherheitschef, hochrangige Mitglieder der nationalen Polizei, der Präsident des obersten Gerichts und andere (Terror-)Richter, Generäle und Minister des Kabinetts von Fujimori, der Außenminister des Landes, 15 japanische Diplomaten und über 50 Vertreter von mehr als 30 japanischen Unternehmen und last but not least der (ja)panische Botschafter persönlich, dessen Gastfreundschaft nun wohl ein wenig strapaziert ist.

Dabei hatte Fujimori die Rebellen bereits totgesagt. >>"In nur zweieinhalb Jahren haben wir den Leuchtenden Pfad und die Tupac Amarus ausgerottet", brüstete sich Fujimori noch im SPIEGEL-Gespräch Anfang Oktober, "das hat bisher kein anderes Land geschafft." Da hatte der Präsident wohl zu früh gejubelt.<< (DER SPIEGEL, 23.12.96) Auf seine alte Politik der harten Hand wird sich Fujimori nicht ohne weiteres besinnen können. Beendet er die Besetzung mit Härte und bringt dabei die Geiseln in Gefahr, droht ihm der Zorn der japanischen Geschäftswelt. Gibt er nach, wertet er die Guerilla auf und riskiert das Ausbleiben weiterer japanischer Investitionen. Zudem ist er in der konkreten Frage der Erstürmung der Botschaft direkt von der Zustimmung Japans abhängig, da sich das Gebäude auf japanischem Hoheitsgebiet befindet. In Japan hat sich in der Vergangenheit allerdings eine gemäßigte Linie im Umgang mit Entführungen durchgesetzt. In der Regel wurde den Forderungen eher nachgegeben, als das Leben des Opfer aufs Spiel gesetzt.

Der in der Botschaft festgehaltene japanische Botschafter sowie der peruanische Außenminister rufen dazu auf, mit den Rebellen in direkte Verhandlungen zu treten. Trotzdem ist Fujimori in keinster Weise zu einem "Gefangenenaustausch" bereit, während die Tupac Amaru konsequent an dieser Forderung festhalten. Der Präsident und die Rebellen scheinen sich also keinen Schritt näher zu kommen.

Es besteht permanent die Gefahr, daß die Botschaft mit Unterstützung US-amerikanischer Eingreiftruppen und anderer G7-Staaten gestürmt wird. Auch Klaus Kinkel hat -wie nicht

anders zu erwarten- der peruanischen Regierung technische Hilfe durch das Bundeskriminalamt (BKA) angeboten. Kuba dagegen hat sich nicht von der Aktion der Tupac Amaru distanziert, und als einziger Staat allen Mitgliedern der MRTA (auch den Gefangenen) Asyl angeboten, während Ecuador ein Asylangebot "nur" für das Kommando ausgesprochen hat. Dies forderte der PDS-Abgeortnete Winfried Wolf am Freitag auch von der Bundesregierung.

Auf das Angebot einzugehen, die Botschafsbesetzung zu beenden, ohne dabei auch die Freilassung der Gefangenen durchzusetzen, steht für die Tupac Amaru jedoch völlig außer Frage, weil dies bedeuten würde, zu KAPITULIEREN. Die Aktion hätte die Bewegung damit keinen Schritt vorangetrieben, sondern diese -ganz im Gegenteil- sogar unglaubwürdig gemacht. So werden sie diesen Weg mit aller Konsequenz zu Ende zu gehen.

Parallel zu der Besetzung der Botschaft sind ca. 300 Gefangene der MRTA in den Hungerstreick getreten. Und für den Fall, daß die Botschaft gestürmt werden soll, wird es "in ganz Peru Angriffe gegen ökononische und politische Ziele geben".

Wenn es die Situation erfordert, werde die MRTA auch das Leben der Geiseln nicht schonen, so der MRTA-Europa-Vertreter Isaac Velazco in einem Gespräch mit der jungen Welt. Höchstwahrscheinlich sind die 20 Rebellen im Falle einer Stürmung tatsächlich in der Lage, das Gebäude zu verteidigen, weil das Dach (von Haus aus) vermint ist und das Kommando den Medien zufolge sprengstoffgefüllte Rucksäcke trägt und mit Panzerfäusten ausgerüstet sein soll (wie die Waffen in das Gebäude gekommen sein sollen, bleibt allerdings offen...). Sicher ist jedenfalls, daß sich die Tupac Amaru nur dann auf eine Eskalation, sprich Todesopfer einlassen wollen, wenn EIN ANDERER WEG NICHT (MEHR) IN SICHT SCHEINT.

Wichtig ist, daß sich die Situation in Peru nicht einfach auf die Verhältnisse in Europa übertragen läßt! Während es hier auch (noch) die Möglichkeit des gewaltfreien Widerstands gibt, ist dies in einem System wie Peru nahezu unmöglich. Die Tupac Amaru bezeichnen die peruanischen Verhältnisse als KRIEG und deshalb die Gefangenen ihrer Bewegung sowie auch ihre Geiseln als KRIEGSGEFANGENE. Der bewaffnete Kampf ist dort ein unverzichtbares Mittel auf dem Weg zu einem freien und gerechten Gesellschaftsystem. Den bewaffneten Kampf der MRTA wird es dort solange geben, bis entweder das staatsterroristische System oder sie selbst nicht mehr existiert. "MIT EINER REGIERUNG, DIE EINE STAATSTERRORISTISCHE POLITIK BETREIBT UND DIE BODENSCHÄTZE DES LANDES DEN MULTINATIONALE KONZERNEN AUSLIEFERT, KANN ES KEINEN FRIEDEN GEBEN."

SOLIDARITÄT MIT DEN TUPAC AMARU!
WIR UNTERSTÜTZEN DIE FORDERUNGEN DER MRTA! TOD DEM SCHWEINESYSTEM!
VIVA LOS REBELLOS!

## Aktion gegen Abschiebungen von Flüchtlinen nach Bosnien-Herzegowina

***Wir haben in der Nacht vom 2. zum 3. Januar 1997 einen Bus der Touring GmbH, mit dem bosnische Kriegsflüchtlinge nach Bosnien abgeschoben werden sollten, unbrauchbar gemacht. Der am Busbahnhof geparkte Bus ist nun tiefergelegt, sein Auspuff verstopft. Dem Büro der Touring GmbH in Alt-Moabit haben wir zeitgleich einen klirrenden Besuch abgestattet, mit der Folge, daß ihre Profitgier nun zum Himmel stinkt.***

### Die Würde des Menschen ist unantastbar ?

So steht es im Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes, und jeder Politiker oder Staatsmann, der etwas auf sich hält, hat keinerlei Gewissensbisse, sich darauf zu beziehen.
Doch die Wirklichkeit in diesem Land sieht anders aus. Sei es das Recht auf Wohnraum, das Recht auf Arbeit, Sozialleistungen oder das Recht auf Asyl, die unserer Meinung nach zur Würde des Menschen dazugehören. Nichts davon ist in diesem Land in einer Art und Weise garantiert, daß Menschen nicht die Angst haben müßten, daß ihnen auch das letzte bißchen Würde noch genommen wird.
Aber die Schreibtischtäter geben sich Mühe, ihr menschenverachtendes Verhalten zu tarnen. Die neueste Masche nach Abschaffung des Grundgesetzes auf Asyl ist die "freiwillige Rückkehr". Aber von Freiwilligkeit ist hier keine Spur. Bosnischen Flüchtlingen wird jetzt schon angedroht, daß es ab 1997 zu Massenabschiebungen kommen wird. Wem jetzt schon das kleinste Vergehen (Schwarzfahren, Zigarettenhandel o.ä.) nachgewiesen wird, hat sein Recht als Bürgerkriegsflüchtling verwirkt und kann nun "freiwillig" abgeschoben werden. Dazu wird als erster Schritt der Personalausweis abgenommen, die nächste Polizeikontrolle bringt den Flüchtling dann in den Abschiebeknast Grünau. Die Abschiebung von hier geschieht über die Berliner Flughäfen. Diejenigen, die in der Angst vor Polizeikontrollen noch "frei" herumlaufen, erhalten dann ihre "freiwilligie" Abschiebungsaufforderung. Sie erhalten von der "Rückkehrhilfe" ein Ticket nach Bosnien für den Reiseveranstalter Touring GmbH. Am Tag der "freiwilligen Abschiebung" müssen sie sich noch ihren Ausweis abholen, und ab geht der Weg ins Ungewisse.
Diese Form der Abschiebung ist keine physische Gewalt, in der der Flüchtling in Handschellen gefesselt, von Bullen eskortiert in sein Heimatland oder in ein, wie sie es höhnisch nennen, "sicheres Drittland" zurückgeprügelt wird. Nein, es ist die saubere strukturelle Gewalt der Schreibtischtäter, die immer nach Recht und Gesetz handeln.
Die Schreibtischtäter aber brauchen zur Durchführung ihres "Rechtes und Gestzes" Handlanger und Profiteure. Einem davon haben wir heute in die Suppe gespuckt.
Wir warnen die Touring GmbH und alle anderen Busunternehmen, die *nicht rückkehrwillige* Flüchtlinge nach Bosnien-Herzegowina transportieren.
Sie sollen ihr Handeln einstellen, ansonsten sehen wir uns gezwungen, weitere materielle Schäden anzustellen.
Heute nacht haben wir den Bus der Touring GmbH auf dem Zentralen Omnibus Bahnhof unbrauchbar gemacht, der am nächsten Tag um 8.15 Uhr Flüchtlinge "freiwillig" nach Bosnien-Herzegowina abschieben sollte und der Geschäftsstelle dieser Firma in Alt Moabit 76a einen klirrenden Besuch abgestattet.
Die Situation in Bosnien-Herzegowina ist hinreichend bekannt: zerstörte und zerbombte Städte und Dörfer, geplünderte Häuser, unklare oder feindliche Nachbarschaftsverhältnisse, traumatische Kriegserlebnisse, wie u.a. durch die männliche Kriegsstrategie der Vergewaltigung, und der Winter steht vor der Tür.
Trotzdem versucht die Ausländerbehörde derzeit auf kaltem Weg, die offiziell auf das Frühjahr 1997 verschobene Massenabschiebung in eine sogenannte freiwillige Rückkehr umzuwandeln. Läuft die Duldung aus, wird sie nicht verlängert, die Flüchtlinge werden dadurch illegal, haben keinen weiteren Anspruch auf Wohnung oder Sozialhilfe. Die Schaffung einer solchen unsicheren Situation ist nichts anderes als Terror.
Im Oktober hatte sich ein Bosnier, der auf dem oben beschriebenen Weg illegalisiert wurde, aus Angst vor der Abschiebung das Leben genommen.
Die Bundesregierung hat im sogenannten jugoslawischen Bürgerkrieg alles andere als eine weiße Weste. Waffenlieferungen an bosnische Moslems trotz UN-Embargos und die schnelle Anerkennung Kroatiens als souveränem Staat sind die Sprache der Kriegstreiber. Diese kriegstreibende Haltung kann nicht durch "großzügige Aufnahmebereitschaft" von Flüchtlingen ausgeglichen werden.
Und daß die Flüchtlinge dem Senat von Berlin auf der Tasche liegen würden, liegt unserer Einschätzung eher daran, daß den Betreibern von "Flüchtlingsunterkünften" abertausende Mark in den Hintern geschoben werden. Dabei wäre es sogar möglich gewesen, über die Sozialbindungsklausel im Grundgesetz Enteignungen von geeignetem Wohnraum vorzunehmen. Etwas das in der marktwirtschaftlichen Religion, wo das Privateigentum zum Heiligtum wird, natürlich unmöglich ist. Der Senat von Berlin schützt lieber das Eigentum als die Flüchtlinge und er macht sie sogar mitverantwortlich für das klaffende Haushaltsloch. So wird Rassismus von oben geschürt.
Den Senat aufzufordern, die Abschiebungen sein zu lassen, würde mehr und vor allem breiteren Widerstand erfordern, als den von wenigen Asylgruppen, aufrechten ChristInnen und unserer Wenigkeit.
Deswegen haben wir einen Weg gewählt, der den Profiteuren des bundesdeutschen Rassismus ein wenig auf die Finger klopft.

**Die Terroristen sind die,**
**die die Abschiebeknäste bauen,**
**und nicht die, die sie sprengen.**

**E.I.N. G.R.Ü.P.P.C.H.E.N.**

Wir haben am 22.12.1996 den Pankower Weihnachtsmarkt in vermummter Form gestürmt und die dort anwesenden Faschos gewaltsam vertrieben.
Dabei zogen sich diese - durch die von uns eingesetzten Schlaginstrumente - Prellungen und Platzwunden zu.

Diese Aktion ist eine direkte Reaktion auf den anhaltenden Naziterror gegen Linke und „AusländerInnen" in Pankow. Immer wieder kommt es dort zu brutalen Übergriffen und offenen Provokationen.
Für '97 haben die Faschisten sogar großmäulig angekündigt den Stadtteil von allen „Volksschädlingen und Volksverrätern zu reinigen". Wir nehmen diese Ankündigung ernst und betrachten sie als symptomatisch für die Dreistigkeit und Selbstsicherheit der gewalttätigen Pankower Fascho-Szene.
Um dem effektiv entgegen zu treten müssen wir u.a. die Nazis von der Straße vertreiben und sie so konsequent einzuschüchtern. Dazu sind gezielte militante antifaschistische Aktionen wie der körperliche Angriff auf Faschos unumgänglich und notwendig.

**ORGANISIERT DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND**
**'ANTIFA HEIßT ANGRIFF!**

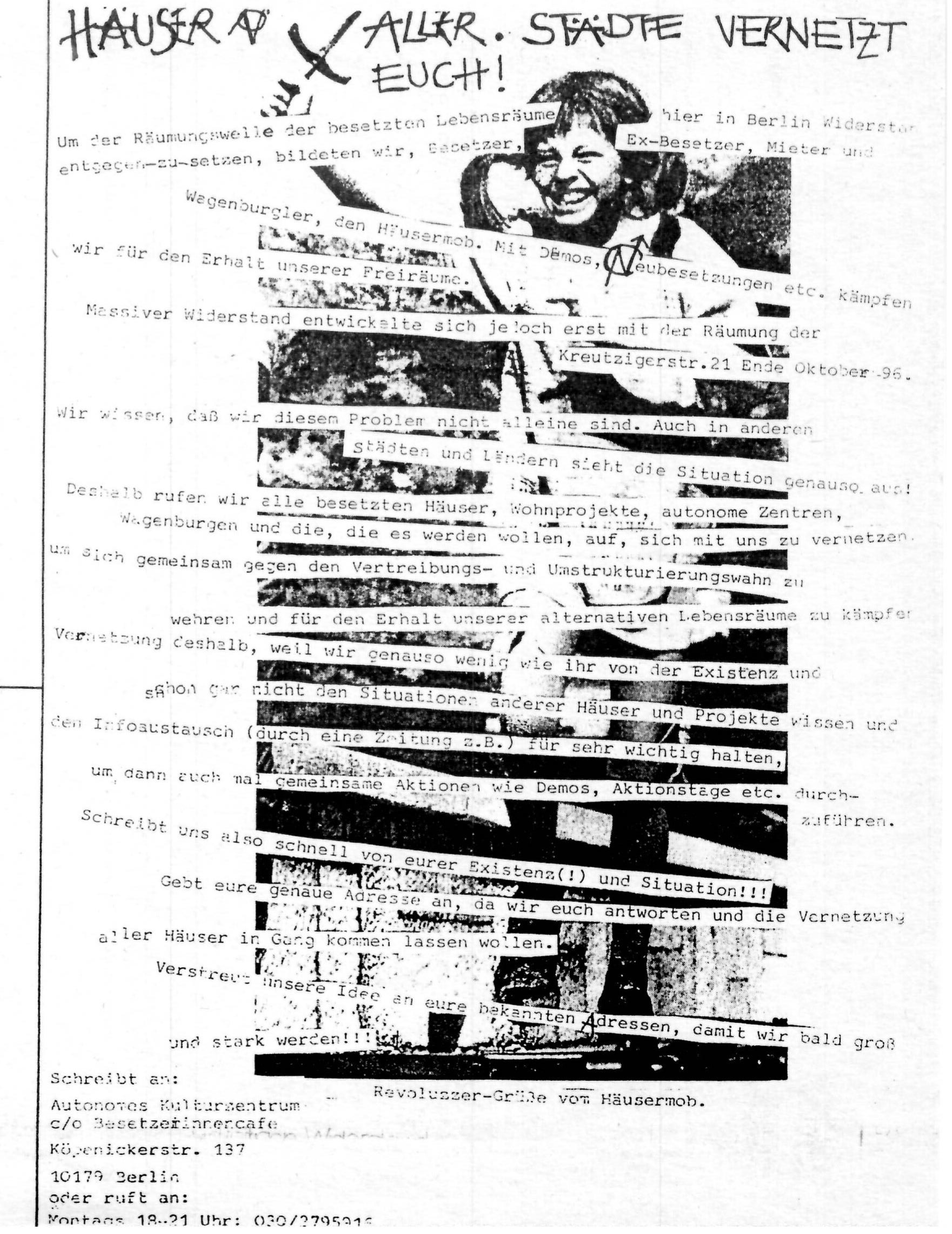
A.U.T.O.N.O.M.E. A.N.T.I.F.A.S.

---

ATOMKRAFTGEGNERINNEN HABEN AM 12.12. DAS GLEIS ZUM AKW KRÜMMEL IN HH DURCHGESÄGT+VERBOGEN

---

damit sollte die Abfahrt von 2 castor transporten zur waa behindert werden. DIE Aktion steht im Zusammen hang mit NIX$^3$ und greift den Vorschlag der autonomen gruppen auf. Für einen vielfältigen Widerstand.



HÄUSER ALLER · STÄDTE VERNETZT EUCH!

Um der Räumungswelle der besetzten Lebensräume hier in Berlin Widerstand entgegen-zu-setzen, bildeten wir, Besetzer, Ex-Besetzer, Mieter und Wagenburgler, den Häusermob. Mit Demos, Neubesetzungen etc. kämpfen wir für den Erhalt unserer Freiräume.

Massiver Widerstand entwickelte sich jedoch erst mit der Räumung der Kreutzigerstr.21 Ende Oktober 96.

Wir wissen, daß wir diesem Problem nicht alleine sind. Auch in anderen Städten und Ländern sieht die Situation genauso aus!

Deshalb rufen wir alle besetzten Häuser, Wohnprojekte, autonome Zentren, Wagenburgen und die, die es werden wollen, auf, sich mit uns zu vernetzen, um sich gemeinsam gegen den Vertreibungs- und Umstrukturierungswahn zu wehren und für den Erhalt unserer alternativen Lebensräume zu kämpfen. Vernetzung deshalb, weil wir genauso wenig wie ihr von der Existenz und schon gar nicht den Situationen anderer Häuser und Projekte wissen und den Infoaustausch (durch eine Zeitung z.B.) für sehr wichtig halten, um dann auch mal gemeinsame Aktionen wie Demos, Aktionstage etc. durchzuführen.

Schreibt uns also schnell von eurer Existenz(!) und Situation!!!

Gebt eure genaue Adresse an, da wir euch antworten und die Vernetzung aller Häuser in Gang kommen lassen wollen.

Verstreut unsere Idee an eure bekannten Adressen, damit wir bald groß und stark werden!!!

Revoluzzer-Grüße vom Häusermob.

Schreibt an:
Autonomes Kulturzentrum
c/o BesetzerInnencafe
Köpenickerstr. 137
10179 Berlin
oder ruft an:
Montags 18-21 Uhr: 030/2795916

# Es reicht

## Zur Stasi-Zusammenarbeit von Werner Hoppe und seinen Aussagen im Prozeß gegen Monika Haas

Wir kennen Werner Hoppe aus 10 Jahren Hafenstraße, zum Teil aus noch älteren antiimperialistischen Erfahrungen. Wir haben mit ihm x Stories erlebt, in denen er sich einfach Scheiße verhalten hat.
Sein Aussageverhalten im Prozeß gegen Monika Haas vor dem Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hat für uns den Ausschlag gegeben, einige klare Worte zu seiner Person zu sagen.
Entgegen der Presseberichterstattung hat Werner Monika Haas nicht entlastet wie es notwendig und ihm möglich war aufgrund seiner Stellung als Hauptbelastungsquelle der Anklage in diesem Verfahren.
Im Vorfeld seiner Vernehmung war klar, daß Werners Aussage wesentlich die Anklage erschüttern und Monika Haas entlasten kann. Denn alle wesentlichen Belastungsinformationen gehen zurück auf Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), als deren Quelle Werner unter dem Decknamen Bade angegeben wird.
Laut Werner soll Monika Haas Sprengstoff und Waffen transportiert haben für das palästinensische Kommando, das 1977 das Flugzeug "Landshut" kaperte. Laut Akten des MfS soll sie das Werner erzählt haben, der es dem MfS mitgeteilt haben soll.
Monika Haas hat die Vorwürfe immer zurückgewiesen.
Gegenüber der Bundesanwaltschaft (BAW) hat Werner seine Tätigkeit für das MfS und seinen Decknamen bestätigt. Sein damaliger Berichtoffizier hat die Echtheit der Akten bestätigt, die Werner vor Gericht anzweifelte. Wesentlich festzuhalten bleibt jedoch:
Es lag in Werners Möglichkeit, die Aussagen darin als falsch zurückzuweisen und Monika Haas Aussage zu bestätigen.
*Entweder die Akten des MfS lügen oder er hat damals rumgesponnen und sich wichtig gemacht.* Eins von beidem mußte von ihm gesagt werden. Das war die Forderung an Werner.
Mehrere Treffen bei uns diesbezüglich ignorierte er. Ihm ist trotzdem auch von anderen Genossen eindeutig gesagt worden, daß von ihm eine unmißverständliche Aussage erwartet wird. Auch sein anwaltlicher Beistand ging davon aus.
Vordergründig könnte mensch meinen, dem ist Werner doch nachgekommen. Leider hat aber eine Aussage vor Gericht ihre Besonderheiten: Wenn Werner sich nicht erinnern oder ein solches Gespräch nicht vorstellen kann, heißt das nicht, daß es nicht passiert ist. In dem Moment, wo ein/e andere/r das behauptet, geht das Gericht davon aus, daß es stattgefunden hat, Werner kann sich ja nicht erinnern.
Die Akten behaupten eben dieses Gespräch, deshalb war von Werner eine inhaltliche Zurückweisung gefordert. Sein Beitrag, daß Monika Haas nicht für Jahre in den Knast kommt. Auch die Aussage der Kronzeugin, Souhala Andrawes, wäre damit schwer in Frage gestellt worden. Sie hat nämlich darin Informationen der MfS-Akten "bestätigt".
Es sei dahin gestellt, ob die BAW und das OLG das gejuckt hätte. So bleibt es ihnen offen, mit undurchsichtigen Akten und Aussagen - auch Werners - herumzujonglieren und zu manipulieren.
Werner war der Unterschied bewußt. Diejenigen, die im Saal seine Aussage beobachteten, waren entsetzt, wie sehr sich Werner weigerte mit der Verteidigung von Monika Haas und ihr selbst zusammenzuarbeiten. Auf deren Beharren, eine handfeste, unzweideutige Aussage zu bekommen, reagierte er pampig, wollte dann sogar Aussagen verweigern und wirkte wie ein Zeuge der Anklage, die ihm mit Einsprüchen teilweise dann auch zur Hilfe kam.
Es ging und geht in diesem Prozeß darum, daß Monika Haas freikommt und die Anklage fällt. Das war Werner bekannt und er hat seinem Anwalt vorgemacht, daß das auch sein Anliegen ist. Dementsprechend verhalten hat er sich nicht. Sein Verweisen auf seine Erinnerungslücken als Folge der Isolationshaft macht das nicht besser und befreit ihn nicht von seiner Verantwortung.
Wir wußten schon seit einigen Jahren, daß Werner früher mit dem MfS Kontakt hatte. Das hatte uns bei seiner unbedingten Loyalität mit der ehemaligen DDR auch nicht besonders verwundert. Es paßte. Unter uns waren die Ansichten diesbezüglich umstritten, vor allem, weil der Charakter des Verhältnisses für uns unklar war und näheres Nachfragen unsererseits von Werner nicht beantwortet wurde. Auch Nachfragen zu seiner Rolle im Verfahren gegen Monika Haas beantwortete er nicht; als Monika Haas noch frei war, lehnte er eine Begegnung mit ihr ab.
Inzwischen ist klar, daß er von ca. 1980 - Ende der 80er Jahre Spitzeldienste gegen Entgelt (da. 50.000;- DM) über die westdeutsche Linke und uns für das MfS geleistet hat, deren Inhalte über allgemeine politische Diskussionen weit hinausgingen und Dinge betraf, die gewöhnlich nur die betroffenen Leute etwas angehen. Er hat konkret Namen und Details über Menschen geliefert, die mit ihm zusammengearbeitet und/oder -gelebt haben plus was er sonst mitkriegt. Darauf war er angesetzt.
Gegen uns war sein Auftrag, alles im Zusammehang "RAF in der Hafenstraße" mitzuteilen sowie Angelegenheiten, die er selber wichtig fand. Anfang der 80er Jahre hat er Berichte über die Arbeit der Anti-NATO-Gruppe gemacht und Informationen über andere antiimperialistische Kreise gegeben. Er hat Leute damit ausgeliefert.

---

Solche Informationen sind auch für das MfS eine Ware gewesen. Heute stehen seine Aussagen und Berichte den Bundesdeutschen Geheimdiensten und Verfolgungsbehörden zur Verfügung. Die Anklage gegen Monika Haas war die erste, die auf sein Geschwätz zurückgeführt wird.
Werner Hoppes Verhältnis zu seiner Spitzeltätigkeit (Genossendienst hin und her) ist grundsätzlich inakzeptabel. *Er ist nicht bereit, uns und anderen mitzuteilen, was er alles erzählt hat.* Auf konkrete Nachfrage von Genossinnen verweigert er die Antwort außer Sprüchen. Einer sagte er: "Geh davon aus, daß "sie" alles von dir wissen (bzw. das, was er von ihr zu wissen meinte oder sich zusammenreimte)" und einer anderen: "Da ist nichts strafrechtlich relevantes dabei." Dummerweise entscheidet nicht er das (wie Monika Haas Prozeß zeigt) und sein angeblich mangelndes Erinnerungsvermögen macht die Manipulationsmöglichkeiten für den Staatsschutz nur noch größer. Sein fehlendes Interesse an Aufklärung gegenüber denjenigen, die er bespitzelt hat und sein Schweigen über seine Vernehmungen bei der BAW macht uns da nur mißtrauisch.
Bei uns ist Werner schon lange allen Diskussionen aus dem Weg gegangen und hat sich Kritik entzogen oder sie ignoriert. Viele von uns sind deshalb fertig mit ihm. Ein Vertrauensverhältnis gab es schon lange nicht mehr. Dafür war sein Leben hier die ganzen letzten Jahre zu sehr davon geprägt, immer nur seinen eigenen Vorteil im Auge zu haben und dafür auch Menschen hängen zu lassen. Meistens suchte er sich nach Kritik, Anmachen oder Konsequenzen neue, junge und immer jüngere und unerfahrene Leute, die er mit seinen Geschichten blenden wollte/konnte.
Die Versammlungen bei uns zum Prozeß gegen Monika Haas waren der letzte Versuch, mit ihm eine Gesprächsbasis und eine solidarische Lösung für Monika Haas zu finden. Das war mit ihm nicht möglich.
Für uns ist damit klar, daß andere wissen müssen, mit wem sie es zu tun haben. *Ohne Werners Geheimdiensttätigkeit hätte es diesen Prozeß so nicht gegeben. Werner Hoppes große Reden, seine Schutzbehauptungen und sein verantwortungsloses Handeln reichen uns einfach.*
Hier ist sein Verweilen schon lange Bequemlichkeit, angesagt hat er seinen Auszug schon mehrmals. Es liegt zur Zeit bei jedem Menschen selbst, wie er sich zu jemand stellt, dessen Lebenswandel Aufrichtigkeit und Vertrauen ausschließt. Wir finden es unerträglich.

*ya basta*
*Einwohner und Einwohnerinnen der St. Pauli-Hafenstraße*

Besser spät als nie !

Lange ist es schon her, daß die BAW am 13.6.1995 zu ihrem großen Schlag gegen verschiedene linksradikale Gruppen ausholte. Gegen acht Leute gab es Haftbefehle mit dem Vorwurf "Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal".
Wir sind sieben von ihnen, der achte - Matthes - ist erst seit dem 25.11.1996 wieder aufgetaucht, und zu kurz zurück, um an diesem Text mitwirken zu können.
Wir haben aus verschiedenen Gründen bis heute nichts gemeinsames von uns hören lassen, denken aber, daß es schon lange überfällig ist, etwas zu unserer Situation und zu unseren Überlegungen öffentlich zu sagen. Dieser Text soll zumindest kurz darstellen, was bei uns Stand ist.

Zu unseren Bedingungen gehört, daß wir sieben Leute sind, die aus verschiedenen Städten und politischen Zusammenhängen kommen, und die sehr unterschiedliche Vorstellungen und Herangehensweisen an ein solches Verfahren haben. Vor allem dieses machte und macht es uns sehr schwer einen Umgang mit der Repression zu finden.
Trotzdem ist unser Anspruch und Ziel mit den Unterschieden konstruktiv umzugehen, und nicht gegen - sondern miteinander zu arbeiten.

Um dieses Ziel erreichen zu können, war und ist es notwendig unsere Widersprüche, Positionen und Gemeinsamkeiten genauer herauszuarbeiten. Dabei haben wir es kaum geschafft nach vorne zu diskutieren, vielmehr lag unser Schwerpunkt u.a. in der Aufarbeitung und der Auseinandersetzung mit dem Inhalt von 70 Aktenordnern usw.
Was zu unseren Unterschieden noch hinzukam und anfangs sehr bestimmend war:
Wir hatten nach einem halben Jahr Knast, bzw. nach einem Jahr Abtauchen (bei Glosch sogar eine Verbindung von beidem) viel nachzuholen. Das beinhaltete, daß wir in die Solibewegung, in unsere Zusammenhänge und in Diskussionen hineinwachsen mußten.

Hauptsächlich beschäftigen uns zur Zeit folgende Fragen :

- Aus den Einschätzungen des Angriffs ergeben sich verschiedene Schwerpunkte in der Soli- und Prozeßarbeit, d.h. einerseits die radikal in den Mittelpunkt zu stellen, oder andererseits die Bedeutung und Tragweite für die radikale Linke zu thematisieren.
- Welches Verhältnis haben wir zum angegriffenen Projekt radikal ?
- Was wird wann und wie aus den Akten veröffentlicht?
Hierbei stehen sich die Interessen gegenüber, der radikalen Linken etwas mitteilen zu wollen, dabei aber den Schergen keine Zuarbeit zu leisten (Dazu gehören auch Fragen aus der Solibewegung, die sich mit den Auswirkungen des 13.6.1995 auf die radikal beschäftigen.)
- Wie sehr lassen wir unser Leben von den Vorbereitungen auf den Prozeß bestimmen, wo sind unsere individuellen Grenzen ?
- Wie stellen wir uns eine Prozeßführung oder unser Verhalten im Gericht vor ...?

Zu diesen und noch weiteren Fragen gibt es unter uns bis zu sieben verschiedene Positionen. Wir sind dabei Kompromisse zu finden und Vorstellungen zu entwickeln, wie wir an die Prozesse rangehen wollen.

An den Fragen ob, wieviel und an welchen Punkten wir gemeinsam im Verfahren agieren werden, wird sich auch für die Soliarbeit und die Prozessbegleitung einiges entscheiden.

Wir haben es bis heute nicht geschafft

bestimmte klare Vorgaben zu machen, stattdessen haben wir unsere Uneinigkeit in die Solibewegung hineingetragen, was sich dort auf die Arbeit sehr destruktiv auswirkte.

Wir versuchen dies umzusetzen, indem wir uns öfter treffen und nochmal alles daran setzen, eine gemeinsame Auseinandersetzung über den 13.6.95 zu führen und zusammen eine Herangehensweise an den Prozeß zu entwickeln. Dabei ist uns inzwischen allen klar, daß unsere unterschiedlichen politischen Vorstellungen nebeneinander stehen bleiben müssen, sich aber nicht gegenseitig blockieren dürfen.

Wir hoffen sehr, daß uns das gelingen wird.

Das Ganze hört sich jetzt wahrscheinlich alles sehr schwammig, bzw. abstrakt an, aber einige Punkte genauer zu fassen scheitert momentan noch an unseren oben angerissenen Unterschieden.

November 1996

Ente, Rainer, Jutta, Werner, Ulli, Glosch und Cracker

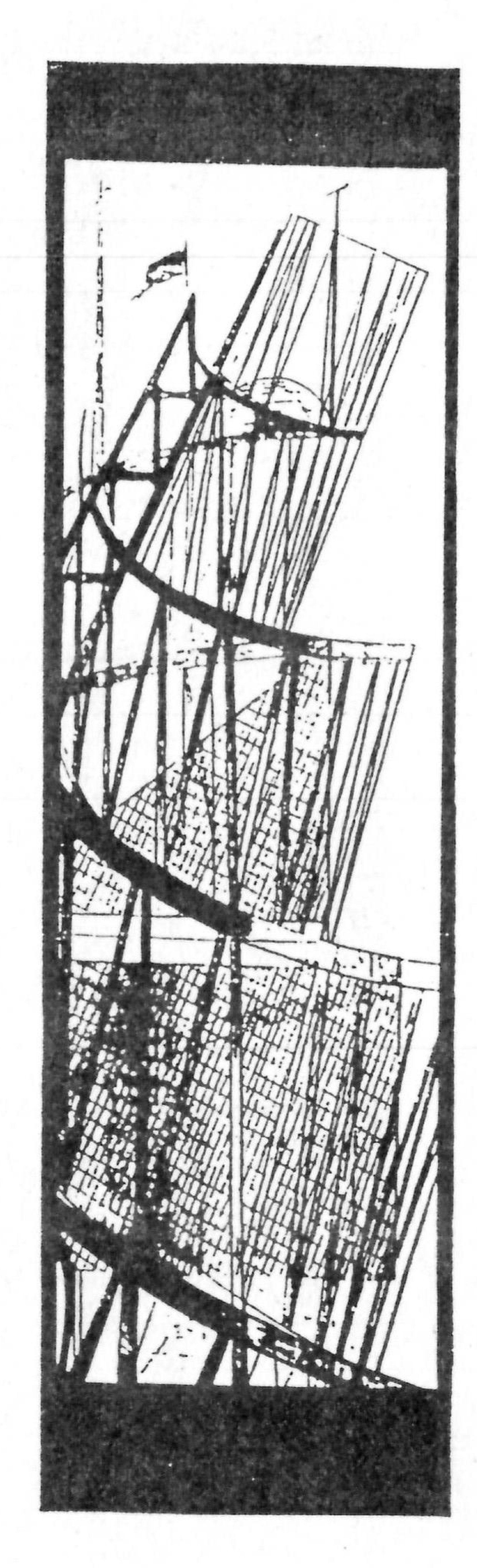
Hier noch einige aktuelle Infos zum Stand des radikal-Verfahrens:

Die Verfahren sind inzwischen nach Koblenz und Düsseldorf abgegeben worden.
Auf der einen Seite sind die 4 von uns, die ein halbes Jahr im Knast gesessen haben - Ente, Rainer, Werner und Cracker - gemeinsam vor dem Oberlandesgericht Koblenz angeklagt. Die Anklageschrift liegt dem OLG zur Prüfung vor, uns wird sie nicht vor Januar 1997 zugehen. Der Prozessbeginn wird nicht vor dem Frühjahr sein.
Auf der anderen Seite ist das Verfahren gegen fünf Leute ans OLG Düsseldorf abgegeben worden. Diese 5 sind Jutta, Ulli und Glosch - die ein Jahr lang abgetaucht waren, außerdem Matthes, der nach eineinhalb Jahren erst am 25.11.1996 wiedergekommen ist; und eine fünfte Person, gegen die kein Haftbefehl vorlag, deren Verfahren wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal jetzt aber auch abgegeben wurde. Wann in Düsseldorf die Anklageschrift und der Prozeßbeginn zu erwarten sind, kann noch niemand sagen.
Bei den "Koblenz-Vieren" sind die Haftbefehle schon seit längerer Zeit aufgehoben, während sie bei den Aufgetauchten nur gegen Auflagen "außer Vollzug gesetzt" sind. Die Auflagen wurden bei Jutta, Ulli und Glosch etwas gelockert, d.h. das Kontaktverbot zu allen Mit-Hauptbeschuldigten ist aufgehoben und sie müssen sich "nur noch" einmal die Woche bei den Bullen melden.
Bei Matthes wurde beim Termin vor dem Haftrichter in Düsseldorf kein Kontaktverbot angeordnet, sein Haftbefehl wurde gegen eine Kaution von 20 000 DM und die Auflage sich einmal pro Woche zu melden, außer Vollzug gesetzt.

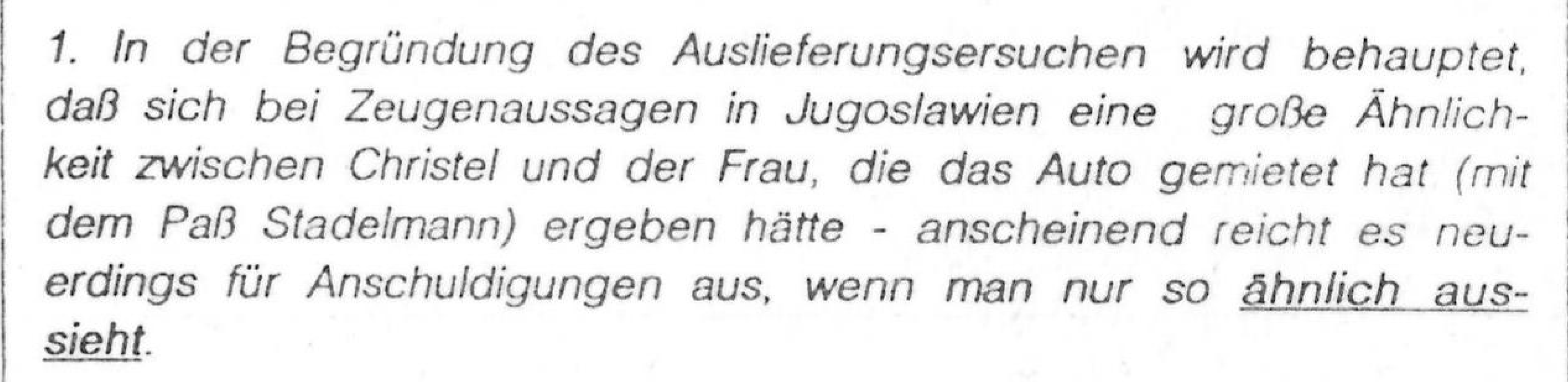
# Christel Fröhlich wurde nach Frankreich ausgeliefert !

Am 21. November ist Christel Fröhlich-Padula nach einem Jahr Auslieferungshaft im römischen Gefängnis Rebibbia von Italien nach Frankreich ausgeliefert worden. Die Auslieferung wurde vom obersten italienischen Gericht anhand des europäischen Auslieferungsrechtes durchgesetzt, dabei wurde eine inhaltliche Prüfung der Vorwürfe des internationalen, französischen Haftbefehls nicht vorgenommen, da dies nach dem europäischen Auslieferungsrecht gar nicht vorgesehen ist.

In dem französischen Auslieferungsersuchen wurde Christel vorgeworfen, einen PKW, Opel Kadett, am 19.4.1982 in Ljubiljana unter dem Namen Stadelmann bei der Firma Hertz gemietet zu haben, der am 22.4.1982 in Paris in der Rue Marbeuf 33, in der sich die Redaktion einer libanesischen Exilzeitung befand, explodierte. Im Haftbefehl des französischen Untersuchungsrichters vom 21.11.1996 wird ihr, wegen der behaupteten Verwicklung in diesen Anschlag, zusätzlich die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der „Carlos-Gruppe" vorgeworfen. Es wird weiterhin ausgeführt, daß Frankreich nach „anderen Militanten" suche bzw. Personen ausfindig machen wolle, die etwas „wissen" könnten.



Wir haben bereits im März 1996 in einem Flugblatt dargestellt, daß die Anschuldigungen des französischen Untersuchungsrichters auf unbelegten Behauptungen und falschen Schlußfolgerungen - aus Angaben in Stasi-Akten - beruhen (siehe Kasten).



*1. In der Begründung des Auslieferungsersuchen wird behauptet, daß sich bei Zeugenaussagen in Jugoslawien eine große Ähnlichkeit zwischen Christel und der Frau, die das Auto gemietet hat (mit dem Paß Stadelmann) ergeben hätte - anscheinend reicht es neuerdings für Anschuldigungen aus, wenn man nur so ähnlich aussieht.*

*2. Die Spitze der Konstruktion von Anschuldigungen ist allerdings die Behauptung, daß sich aus den Stasi-Unterlagen - die seit 1991 in der BRD ausgewertet und verwertet werden - ergeben hätte, daß Christel die Person war, die unter dem Namen Stadelmann das Auto angemietet hätte. In den Stasi-Unterlagen allerdings befindet sich dazu lediglich die Aufzeichnung eines sogenanntes Abschöpfungsgespräch mit einer IM Schäfer. Diese IM berichtet über den Inhalt eines Stern-Artikels (Stern Nr.44 / 1982) von dem Journalisten Rudolf Müller der in diesem Artikel genau diese Behauptung (Christel gleich Stadelmann) aufstellt. So erhalten anscheinend Behauptungen eines Zeitschriftenschreibers Beweiskraft, wenn sie nur irgendwo in den Stasi-Unterlagen auftauchen.*

*3. In den Unterlagen des französischen Ausliefungsersuchen wird unterschlagen, daß bereits 1983 in der BRD (Staatsanwaltschaft Hannover) wegen des Anschlags in der Rue Marbeuf gegen Christel ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, das erstmals 1985 eingestellt wurde, dann 1991 eben wegen der Auswertung besagter Stasi-Unterlagen wieder aufgenommen und 1994 wieder eingestellt wurde, da sich keine neuen verwertbaren Fakten ergeben hätten, obwohl die Staatsanwaltschaft dabei auch die französischen Ermittlungsergebnisse berücksichtigt hat.*

An dieser Sachlage hat sich nichts geändert. Die Ermittlungsverfahren in der BRD, die sich auf denselben Vorwurf bezogen, sind eingestellt worden.

Trotzdem wird nun in Frankreich ein Strafverfahren gegen Christel eröffnet. Der Verfahrensablauf unterscheidet sich in vielen Punkten von der deutschen Variante.

Alle Ermittlungen werden von einem Untersuchungsrichter geleitet, Akten können nur bei ihm eingesehen und dort kopiert werden. Die Gefangenen haben keinen Anspruch auf Akteneinsicht. Für sämtliche Verfahren mit politischem Hintergrund ist der Untersuchungsrichter Bruguiere zuständig. Die Dauer der Untersuchungshaft ist nicht gesetzlich festgelegt, es heißt lediglich, sie sollte einen Zeitraum von 4-5 Jahre nicht überschreiten. Eine Haftprüfung wird jährlich vom Untersuchungsrichter durchgeführt, sie kann aber auch jederzeit vom Anwalt beantragt werden.

Nach Abschluß der Ermittlungen erstellen drei Richter, die zum siebenköpfigen Strafsenat gehören, eine Anklageschrift. Die Gerichtsverhandlung selbst wird dann in einem sehr kurzen Zeitraum (3-4 Verhandlungstage) durchgeführt. Im Falle einer Verurteilung werden Auslieferungs- und Untersuchungshaftzeit angerechnet.

Christel ist jetzt im Frauengefängnis in Fleury-Merogis in der Nähe von Paris. Dort sind ca. 3000 Frauen inhaftiert, sie kommen mehrheitlich aus Ländern der sogenannten „Dritten Welt". Sie gehört wie alle politischen Gefangenen in Frankreich zur Kategorie der „besonders überwachten Personen". Christel ist im Gegensatz zu den meisten anderen in einer Einzelzelle untergebracht, hat aber mit anderen gemeinsam Hofgang.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Ermittlungen sich über eine lange Zeit hinziehen werden und weisen deshalb nochmals auf das Spendenkonto hin:

Solidaritätskonto für Christel Fröhlich
Willms
Kto-Nr.: 32437196
BLZ: 250 50180
Stadtsparkasse Hannover



## Unsere Forderung gilt unverändert: Christel muß freigelassen werden !

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o annabee Buchladen
Gerberstr.6

30169 Hannover

12.96

# Birgit Hogefeld
# Ein ganz normales Verfahren ....

Dieser Tage ist in der Edition ID-Archiv ein Buch in der „Schwarzen Reihe“ mit Prozeßerklärungen, Briefen und Texten zur Geschichte der RAF von Birgit Hogefeld erschienen.
Nach einem Vorwort von Christian Ströbele folgen chronologisch geordnet die ersten Texte von Birgit Hogefeld nach ihrer Verhaftung im Sommer '93 in Bad Kleinem. Diese sind ihre gelungenen Versuche, sich nicht nur als in der RAF organisierte Kämpferin, sondern auch mit ihren anderen Seiten kenntlich zu machen, indem sie auch über ihre Gefühle und Trauer oder eben selbbstgekochte Brombeermarmelade spricht. Danach folgt, neben vielen anderen Texten zu Klaus Steinmetz, ihrer Situation im Knast, etc., ein längerer Text „Zur Geschichte der RAF“, der eine grundlegende Kritik an den strategischen Fehlern der RAF zum Inhalt hat. Abgeschlossen wird der Band mit dem „Schlußwort im Prozeß“ und einem Nachwort des Berliner Prozeßbüros. Dies ist im Anschluß abgedruckt, da es sich direkt auf die „Schlußerklärung“ (abgedruckt in Interim 396 und 397) bezieht.

Birgit Hogefeld, „Ein ganz normales Verfahren ...“, Edition ID-Archiv, Berlin und Amsterdam 1996, ISBN 3-89408-062-0

## Die Diskussion weiterführen!
Nachwort des Berliner Prozeßbüros

*Das Prozeßbüro Berlin gründete sich im November 1994, um Birgit Hogefeld in ihrem Prozeß solidarisch zu begleiten. Darüberhinaus sollten ihre Diskussionsangebote als Beitrag zur Reflexion der Geschichte der Linken in der BRD aufgegriffen werden. Während der zwei Jahre des Prozesses äußerte sich die Gruppe in mehreren Texten zu den Erklärungen von Birgit. Auszüge von einer Veranstaltung am 14.11.95 in der Berliner Volksbühne sind im Prozeß-Info Nr.9 veröffentlicht.*

### Birgits Prozeßführung

Im Unterschied zu früheren RAF-Prozessen führte Birgit Hogefeld nicht nur eine politische, sondern auch eine juristische Auseinandersetzung vor Gericht. Ungewohnt war die bereits zu Beginn von ihr geäußerte Kritik an ihrer eigenen Geschichte, waren eine nicht nur für Insider verständliche Sprache und die dadurch vermittelte Nachvollziehbarkeit ihrer Gedanken.

Sie hat sich von der feindseligen Inszenierung von Bundesanwaltschaft (BAW) und Senat nicht einschüchtern lassen, sich gegen die kleinen und großen Schikanen immer wieder zur Wehr gesetzt. In all ihren Erklärungen hat sie ihren persönlichen Stil, mit dem sie sich auch angreifbar macht, beibehalten. – Endlich sollte eine Diskussion in Gang kommen, auf die viele seit der Augusterklärung der RAF 1992 gewartet hatten.

Nach dem GSG 9-Einsatz in Bad Kleinen waren die Reaktionen in der Linken verhalten. Dennoch bestand aufgrund der großen Öffentlichkeit anfangs die Hoffnung, daß diese Ereignisse vor Gericht aufgeklärt werden würden. Schnell war aber klar, daß das an diesem Ort nicht passieren würde. Es gab den »Abschlußbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion am 27. Juni 1993«, der festlegte: »Den tödlichen Kopfdurchschuß hat Wolfgang Grams sich selbst in Suizidabsicht beigebracht.« – Das Gericht unterband jeden Versuch, dies zu widerlegen.

Die detaillierte Arbeit der Verteidigung, welche mit über fünfzig Beweisanträgen – ganze zwei davon wurden zugelassen – das vorgefaßte Urteil unterlaufen wollte, brachte keinen juristischen Erfolg. Auch die Linke erwies sich als viel zu schwach, dem erkennbaren Verurteilungswillen wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Fraglos ist dies Ausdruck ihrer desolaten Situation. Eine Unterschriftensammlung gegen das zu erwartende Lebenslänglich-Urteil, ein Buch mit Beiträgen von Birgit Hogefeld, Pfarrer Hubertus Janssen, Carl-Christian von Braunmühl und anderen, vor allem aber Veranstaltungen zu Bad Kleinen und zum Prozeß, Presseerklärungen und ein regelmäßig erscheinendes Prozeßinfo waren Versuche, öffentliches Interesse zu wecken. Gleichwohl hat das Vorgehen der Verteidigung gezeigt, auf welch wackligen Füßen die Anklage stand. Obwohl das alles keinen Einfluß auf das Urteil hatte, ist es wichtig, gegen die Fiktion vom Rechtsstaat den politischen Charakter eines solchen Prozesses immer wieder öffentlich nachzuweisen. (Maske ab!)

Birgit Hogefeld hat die Erklärung der RAF 1992 miterarbeitet und mitgetragen. An den darin enthaltenen Reflexionen und angesprochenen Kritikpunkten hat sie im Knast weitergearbeitet. Ihr erklärtes Ziel war es, ihren Prozeß als Forum für die politische Diskussion zu nutzen.

### Die anderen Gefangenen

Im November 1993 eskalierten Differenzen zwischen RAF und Gefangenen und unter den Gefangenen selbst, die bis dahin an den RAF-Erklärungen von April und August 1992 festgemacht worden waren, zum Bruch. Anlaß für den Bruch war ein Versuch der Celler Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts, die Unterstützung von Edzard Reuter und Ignaz Bubis für eine Freilassungsinitiative zu erhalten – »Druck machen in den Reihen der Gegenseite«, so die RAF. Birgit, den Cellern und der RAF wurde von den anderen Gefangenen vorgeworfen, hinter deren Rücken einen »Deal mit dem Staat« angestrebt zu haben.

In der nachfolgenden Schlammschlacht versuchte Birgit, sachlich zu bleiben. Sie war in dieser Phase die einzige, die immer wieder die Auseinandersetzung mit den anderen Gefangenen gesucht hat. Diese lehnten jedoch jede Diskussion mit Birgit ab. Sie mußte im wesentlichen allein fertig werden mit der für sie neuen Knast- und Isolationssituation, mit Bad Kleinen und dem Tod ihres Genossen und Lebensgefährten.

### Reaktionen

Birgits erste Prozeßerklärung und ihre Erklärung zur Geschichte der RAF stießen in der Linken auf sehr unterschiedliche Reaktionen. Von einem Teil wurden sie als politisch und theoretisch verwässert mißbilligt, oder sogar als Zeichen von Reformismus und »Abwicklung der Geschichte« abgelehnt. Andere dagegen empfanden sie als den möglichen Beginn einer notwendigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Linken in der BRD. Eigentlich hätte eine solche Konstellation zu heftigsten Auseinandersetzungen führen müssen. Dennoch sind uns verhältnismäßig wenig öffentliche Äußerungen bekannt geworden.«

Das kann mehrere Ursachen haben. Zum einen wirkte hier wahrscheinlich der Bruch unter den Gefangenen abschreckend. Zum anderen – das vielbeklagte Dilemma – gab und gibt es nur noch wenige funktionierende linke Gruppen, die sich hätten artikulieren können. Das zeigte sich auch an einer ungenügenden Unterstützungsarbeit zum Prozeß – wir nehmen unsere eigene Tätigkeit da nicht aus. Außerdem wollte wohl der Teil, der sich gegen Birgits Art der Geschichtsaufarbeitung entschied, sich während des Prozesses nicht offen entsolidarisieren. Vor allem aber enthielten diese beiden Erklärungen eine grundsätzliche Infragestellung der gewohnten Muster linker Politik. Sehr schnell war klar, daß eine Beschäftigung mit der kritischen Reflexion der Geschichte für Linke nur dann sinnvoll ist, wenn sie sich mit einer Kritik der eigenen Geschichte – der persönlichen, der der legalen Linken – verbindet, was bekanntlich nicht einfach ist.

Dennoch ist die Auseinandersetzung mit den Fragen, die auch Birgit stellt, absolut notwendig für eine Reorganisierung der Linken. Nur zwei Beispiele: Sie kritisiert sehr ausführlich das Avantgarde-Konzept. Diese Form von ganz und gar öffentlicher Selbstkritik war früher überhaupt nicht üblich. Eine Avantgarde wie die RAF begründet sich nicht nur inhaltlich, über ihre politischen Positionen, sondern auch organisatorisch, über die Illegalität und den bewaffneten Kampf. Da diese Avantgarde einen Einsatz einbringt (das eigene Leben, das Risiko lebenslanger Haft), den andere Gruppen nicht bringen, und da sie auf einer Eskalationsstufe operiert, die andere nicht erreichen (können/wollen), stellt sich eine Hierarchie in der Bestimmung und Durchsetzung von Zielen und Formen des Kampfes her. Kritik ist nur noch in einer Richtung möglich. Wer die Avantgarde kritisiert, ist *counter*.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Verbindung von Politik und Moral, die Birgit wieder zum Thema macht. (Moral dabei nicht verstanden als Gut-oder-Böse, sondern als gerecht-oder-ungerecht.) Oft wird unter »Politik« nur Handeln zum Erreichen von Zielen verstanden und dabei vergessen, daß emanzipatorische Politik einen tieferliegenden Ursprung hat, die Herstellung von Gerechtigkeit. Zur Erreichung dieses Zieles kann jedoch nicht jedes Mittel recht sein, und dies ist auch eine Lehre aus der Geschichte der RAF. Mit der völligen Abkehr von Gesellschaft und übriger Linker verlor sie jede moralische Instanz, vor der sie sich hätte rechtfertigen müssen, und machte zur Grundlage ihrer Politik die Instanz »Völker im Trikont«. Birgit entwickelt dagegen die Vorstellung einer Art »kommunikativer Moral«, einer gemeinsamen Auseinandersetzung von möglichst vielen über die Bestimmung von Zielen und Mitteln. (Obwohl sie damit sehr wichtige Probleme berührt, bleiben natürlich Fragen nach den Kriterien einer solchen Diskussion offen ...)

### Braunmühl – Richter – Negt

Im Gegensatz zu Birgits Erklärungen im Prozeßverlauf, die sich primär an die Linke richteten, ist ihre Schlußerklärung vor allem auf staatstragende Intellektuelle zugeschnitten. Der Stellenwert, den in dieser Erklärung Leute wie Carl-Christian von Braunmühl, Horst-Eberhard Richter und Oskar Negt einnehmen, ist sicher nicht nur für uns schwer nachvollziehbar. Zum Beispiel Richter: Er benutzt seine Kritik an der RAF-Geschichte ausschließlich, um sich als jemand darzustellen, der schon immer recht hatte mit seiner Beschreibung der RAF als einer Gruppe, deren wesentliche Orientierung aus »paranoiden« Bildern und Positionen bestand – die RAF auf der Psychocouch. Und Negt war es, der 1972 seine Meinung zur RAF-Politik – »Es gibt kein objektives Unterscheidungskriterium zwischen rechts und links.« und »Die falsche Solidarität ist eine Blockade auf dem Weg zum Sozialismus.« – in einen Entsolidarisierungsaufruf münden ließ. Was ganz klar hieß: RAF-Mitglieder sollten dem Staat ausgeliefert werden. Negt hat das auch später nie in Frage gestellt. Und über wen schreibt er eigentlich, wenn er feststellt, es habe nicht verschiedene Formen des Widerstandes gegeben – bewaffnete und unbewaffnete –, sondern nur ein spannendes Schauspiel auf der einen Seite und passive ZuschauerInnen auf der anderen: »Keine Identifikation, sondern Sympathie in der Weise, daß andere ausagieren, was diese [die ZuschauerInnen] selbst sich nur in ihren Träumen zutrauen.«

In Birgits Erklärung vom Juli 1995 zu ihrer Geschichte hatte sie noch festgestellt, daß es immer Menschen gab, die eine Verbindung zwischen dem Kampf der RAF und den eigenen Kämpfen sahen. Wo »Sympathie« mit der RAF aus einer eigenen Geschichte mit Hoffnungen, Kämpfen und Niederlagen entwickelt wurde. Auch der Einsatz war nicht der von ZuschauerInnen. Viele, die politisch der RAF nahestanden oder Hungerstreiks unterstützt haben, wurden in den 70ern und 80ern verfolgt und eingeknastet. Und selbstverständlich kann man sich auf die Unversöhnlichkeit der RAF dem Staat gegenüber positiv und aktiv beziehen, ohne selbst bewaffnet zu kämpfen.

### Ohnmachtserfahrung und Militanz

Birgit fragt, »Was also treibt immer wieder Menschen oder kleine Gruppen zu diesen (militanten) Aktionsformen?« Sie erklärt das mit dem Begriff der Ohnmachtserfahrung, eine Erfahrung – die wir alle kennen – mit der Arroganz der Macht und dem Zerschlagungswillen des BRD-Staates gegen jede Opposition.

Das Ohnmachtsgefühl taucht in der Schlußerklärung als einzige Begründung für bewaffneten Kampf auf. Ohnmacht wird aber nur dann verständlich, wenn die Hoffnungen und Utopien erklärt werden, aus welchen die einzelnen sich für Gesellschaftsveränderungen engagiert haben. Die Enttäuschung und Ohnmacht, die den Niederlagen folgte, ist somit nicht nur Ergebnis von Repression und Integration, sondern auch von überzogenen Vorstellungen über das Erreichbare.

Wichtig bleibt, daß die Aufbruchserfahrungen, gerade weil sie in den letzten Jahren immer seltener geworden sind, weitervermittelt werden. Birgit überprüft Diskussionen, die zu Beginn der 70er Jahre geführt wurden, als bewaffnete Gruppen entstanden, die die Hoffnung hatten, etwas Neues erreichen zu können. Das ist auch nötig, denn zwischen dem damaligen Aufbruch und der Gewißheit, die Verhältnisse umzuschmeißen, und heute liegen tiefe und auch desillusionierende Erfahrungen über revolutionäre Gewalt als »Hüterin des Neuen und der Menschlichkeit«. Dieses Denken war geprägt vom Entdecken des Guerillakampfes in anderen Ländern und seinen Erfolgen. Es ging um die Durchsetzung neuer systemsprengender Ideen gegen die bürgerliche Ideologie. Aber in Birgits Einschätzung bleibt nur noch eine weitentfernte, »bizarre Welt« aus einer anderen Epoche übrig.

Aber zurück zu dem, was Birgit beschreibt als Ohnmacht – Kurzschlußhandlung – Militanz. Natürlich ist die Frage, wie aus der Ohnmacht herauskommen und sich Gehör verschaffen. Und natürlich hat Birgit damit recht, daß sich zuwenige einmischen. Allerdings stellt sie diese Frage der gesellschaftlichen Breite in einen direkten Zusammenhang mit der der Militanz: »Wenn es Erfahrungen gibt, die aus den Kämpfen bewaffneter oder militanter Gruppen hier gezogen werden können, dann gehört dazu unbedingt die, daß aus solchen Kämpfen keine Massenmobilisierung und in der Regel sogar überhaupt keine Mobilisierung entsteht.« Die Frage kann doch nicht sein, Militanz ja oder nein, sondern wann und wo. Außerdem vermischt sie bewaffnete und militante Gruppen, wirft bewaffnete und militante Aktionen gegen Personen, Sabotageaktionen und Anschläge, alles in einen Topf. Das geht nicht. Es scheint für Birgit da nichts mehr zu geben, auf was sie sich positv beziehen kann. Auch die RAF-Aktion auf den Knastneubau Weiterstadt wird von ihr nicht mehr erwähnt.

Gewalt wird nicht mehr im Zusammenhang gesehen, sondern nur noch Einschußloch/Ausschußloch – alles nur noch

»grauenhaft«. Über die grundsätzlich falsche politische Bestimmung der Air-Base-Aktion, in der die BRD einem Kriegsgebiet gleichgesetzt wurde, redet Birgit nicht mehr. Auf dem Hintergrund der Geschichte der letzten 26 Jahre kann heute festgestellt werden, daß es kurzsichtig ist, zu denken, durch die Liquidierung von einzelnen, Verantwortung tragenden Personen das System verändern oder breitere Mobilisierungen erreichen zu können. Genausowenig haben sich aber auch Vorstellungen umsetzen lassen, wo das System durch massenhaften Protest – z.B. gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen – zur Besinnung gebracht werden sollte. Standen jedoch militante und Sabotageaktionen im Zusammenhang mit politischen Kampagnen, haben sie oft Bewegungen vorangebracht.

Noch im Juli 1995 schrieb sie in einem Text: »Auch wenn ich heute denke, daß wir Fehler gemacht haben – unser Aufbruch und Kampf für eine andere Welt war zu jeder Zeit begründet und gerechtfertigt, und ein solcher Kampf muß konfrontativ geführt werden.« Von dieser Einstellung ist im Schlußwort nichts mehr zu lesen.

Woran aber könnten wir anknüpfen, ohne die Erfahrungen der internationalen Befreiungskämpfe, ohne die vielfältigen militanten Kämpfe in der BRD vom Ende der 60er bis in die heutige Zeit. Da bleibt, trotz schwerwiegender Fehler und Halbheiten, der positive Bezugspunkt, die Hoffnung auf ein besseres, anderes Leben – was sonst.

### Linke ade?

Birgits Erklärungen durchzieht zunehmend eine Distanz zu ihrer eigenen Geschichte in der RAF, die wir uns nicht erklären können. Es scheint, als rede sie über andere, sie steht zum Teil verständnislos davor, war aber doch mittendrin. Nichts taucht auf, was sie selbst darin bewegt hat, welche Hoffnungen, Anstrengungen, Enttäuschungen oder Freude sie damit verband. Im Gegensatz dazu stehen die vielen kurzen Erklärungen und Briefe über ihre jetzige Situation und die Zeit vor der RAF, die gerade von ihrer Subjektivität leben.

Zu dieser Distanz paßt die Abgrenzung gegen ihren alten Bezugsrahmen, die radikale Linke. Auch hier gibt es eine Entwicklung von ihren ersten Stellungnahmen hin zum Schlußwort. Anfangs sprach sie von Fehlern, die reflektiert werden müssen, um Neues besser anzugehen. Heute dagegen scheint es, als sei in ihren Augen die ganze Entwicklung ein einziger Fehler gewesen. Heute sagt Birgit, der Staat müsse sich eine Linke zusammenreimen, um seinen Apparat zu legitimieren – alles nur Show und Schattenspiel? Und so endet das Schlußwort mit einem Appell an die Vernunft des Staates.

Soziale Gegenmacht von unten, letztlich die einzige Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung, kommt bei ihr nicht mehr vor. Antifa-Widerstand, der Widerstand in Gorleben, tauchen nur als Adressen von Repression auf.

Natürlich sind wir insgesamt schwach, viel in der Linken ist individualisiert und isoliert. Aber viele versuchen sich zu orientieren, nehmen nicht hin, was ist, versuchen aus der Geschichte zu lernen, versuchen eine Hoffnung zu bewahren, auch wenn diese Hoffnung z.B. Chiapas heißt und weit weg ist. Aber Chiapas als ein Versuch, neue Wege zu suchen und zu beschreiten. Ein Versuch, der Mut macht, auch hier alte Denkmuster und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen.

Es ist nachvollziehbar, daß Birgit enttäuscht ist. Die von ihr gewünschte breite Auseinandersetzung hat trotz der 92er Erklärung der RAF und ihrer im Prozeß vertretenen Positionen nicht stattgefunden. Trotzdem bleiben diese Schlußfolgerungen unverständlich.

»Wir wurden ihnen immer ähnlicher.« Wer? Die RAF? Wem? Dem Staat? Eine ziemlich absurde Vorstellung, die auch die realen Dimensionen völlig außer acht läßt. Sie spricht von »Irrweg« und »katastrophalem Fehler«. Ein Irrweg ist immer etwas grundsätzlich Falsches. Es geht nicht mehr darum, genau zu sehen, was waren die Fehler, was unklar, dabei aber festzuhalten, was gut und richtig war. Birgits Kritik wirkt teilweise wühlend in sich selbst, sie schneidet sich von der eigenen Geschichte ab und Zusammenhänge beschreibt sie kaum noch.

### Illegale Opfer?

Birgits Ausführungen münden darin, daß der Staat immer mit dem Konzept gearbeitet hat, Leute in die Illegalität zu treiben, damit sie bewaffnete Gruppen bilden, womit dann wiederum seine Apparate legitimiert wurden. Es war ja eigentlich nur ein »Schwachsinnsprojekt«, ein geklautes Auto, weshalb sie in die Illegalität gehen mußte. Und auch heute treibt der Staat ihrer Meinung nach Menschen zu diesem Zweck in die Illegalität. Sie sieht in der Konsequenz wieder nur den übermächtigen Staat, der alle dahin bringt, wo er sie hinhaben will.

Natürlich ist die Entscheidung »Illegalität« nie losgelöst von den herrschenden Bedingungen. Das wäre abgehoben und unpolitisch. Für die Berliner Antifas, K.O.M.I.T.T.E.E.- und Radikalleute war es bestimmt sehr schwer, mit ihrer neuen Situation – Illegalität – klarzukommen. Gerade in den letzten Jahren gab es daraus die Erkenntnis, daß es wichtig ist, sich mit den Anforderungen und Möglichkeiten in der Illegalität auseinanderzusetzen. Cengiz von der Berliner Antifa-Gruppe, der lange gesucht wurde, ist jetzt in Kurdistan gefallen. So gibt es Menschen aus West-Europa, die in den verschiedensten Befreiungsbewegungen weltweit kämpfen. Aber Birgit macht sich selbst, und alle anderen, an diesem entscheidenden Punkt zu Opfern. Das ist Unsinn! Unter welchen Umständen auch immer, die Entscheidung für die Illegalität und den bewaffneten Kampf wird selbst getroffen. Und egal, ob wir sie jeweils persönlich richtig oder falsch finden, diesen GenossInnen kann nicht einfach die Selbstbestimmung abgesprochen werden.

Birgit meint, ohne bewaffnete/illegale Gruppen hätte der Staatsschutz keine Legitimation mehr, seine Repressionsapparate aufrechtzuerhalten. Wir sehen das nicht so: MAD und BND, die ausschließlich mit der Bekämpfung des Realsozialismus legitimiert wurden, hatten lediglich Problemchen, sich auch nach dessen Ende in voller Größenordnung am Leben zu erhalten. Und auch für die GSG 9 wurden von seiten des Staates immer wieder neue Betätigungsfelder gesucht und gefunden. Birgit bewertet auch die vielen Anhalte- und Zensurbeschlüsse des Gerichtes in diese Richtung: Schwarz-Weiß-Denken aufrechterhalten. Und nicht, daß das Gericht weiß, was Birgit wichtig ist und was sie zum Leben braucht, und das wollen sie ihr natürlich wegnehmen bzw. nicht geben. Isolationshaft hat auch heute noch hauptsächlich die Funktion, die politische Identität der Gefangenen zu brechen.

### Aufruf an die RAF

Auch der Aufruf an ihre GenossInnen (von denen sie durch Bad Kleinen jäh getrennt wurde), die RAF aufzulösen, wirkt unvermittelt und sehr distanziert. Im November 1993 schrieb die RAF: »Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das Neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß.« Dazu erklärt sie nichts.

Sie schließt sich mit ihrem Aufruf kurzerhand dem 1984 verhafteten RAF-Gefangenen Helmut Pohl an, der zu der jetzigen Gruppe sicher in einer ganz anderen Beziehung steht als sie. Für die damit verbundenen Hoffnungen, was sich nach einer Auflösungserklärung alles von selbst entwickeln soll, gibt es heute nicht die geringsten Anhaltspunkte. Notwendig finden auch wir, daß die Illegalen zu den Unsicherheiten, die in den letzten zwei Jahren in bezug auf sie aufgebaut wurden, selbst etwas sagen.

**Schluß**

Mit dem Lebenslänglich-Urteil soll Birgit für nicht absehbare Zeit im Knast bleiben. Wir wollen die Auseinandersetzung mit ihr fortführen. Birgit signalisierte die Bereitschaft, auch mit den anderen RAF-Gefangenen, über den Bruch hinaus, eine ernsthafte Auseinandersetzung über ihre Geschichte zu führen. 1997, in dem Jahr, wo sich die Ereignisse des »Deutschen Herbstes« zum zwanzigsten Mal jähren, werden unter anderem auch staatliche und staatstragende Stellen ihre »offizielle« Geschichtsschreibung in die Öffentlichkeit bringen.

Wir hoffen, daß mit einer Wiederbelebung der Diskussion über die Geschichte der RAF auch die Gefangenen wieder in den Mittelpunkt rücken. Birgit geht mit ihrer Entscheidung, ihre Geschichte kritisch zu beleuchten und sich der Auseinandersetzung darüber öffentlich zu stellen, den Weg, den wir für richtig und der derzeitigen Situation angemessen halten. Diese Diskussion kann aber nur dann gesellschaftliche Relevanz entfalten, wenn *alle* an dieser Geschichte Beteiligten ihre Erfahrungen miteinbringen, und zwar auf eine offene, selbstkritische Art und Weise. Gemeint sind damit sowohl die früher und/oder heute Aktiven als auch ihre KritikerInnen. Eine glaubwürdige und nachvollziehbare Haltung der Linken zu sich selbst und ihrer Geschichte kann dazu beitragen, wieder zu einem ernstzunehmenden Faktor in der politischen Auseinandersetzung zu werden. ●



*Zum Prozeß erschien in unregelmäßiger Folge das »Info zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld«. Adresse: Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden.*

## Mumia Abu Jamal: Ehrenbürger der Stadt Venedig

Am 18 Oktober 1996 hat die Stadt Venedig Das Ex-Black-Panther- und MOVE-Mitglied Mumia Abu Jamal zum Ehrenbürger ernannt. Mumia Abu Jamal sitzt seit 1982 in den USA im Gefängis und wurde in einem Schauprozeß wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt.
Die Hinrichtung des schwarzen Journalisten ist zur Zeit ausgesetzt **(siehe dazu N-N 27)**
Die Ehrenbürgerschaft wurde vom Stadtdirektor an Romana Afrika als Repräsentantin für MOVE übergeben. Romana Afrika ist eines der beiden MOVE-Mitglieder, die die Bombardierung eines MOVE-Hauses durch die US-Regierung überlebt hat, bei der neun Menschen getötet und ein ganzer Stadtteil in Schutt und Asche gelegt wurde, ohne den in dem Haus Anwesenden die Chance zu lassen, sich zu ergeben. Der Stadtdirektor betonte, daß Venedig mit der verleihung der Ehrenbürgerschaft an Mumia Abu Jamal ihren Protest gegen Todesstrafe ausdrücken will, die unmoralisch, nutzlos und schädlich ist. Die Bonner Uni hat unterdessen im Nov. versucht eine Filmvorführung über das Leben Mumia's zu verhindern.



**Internationale Brigaden geehrt**

Anfang Nov. hat das spanische Parlament, 60 Jahre nach dem span. Bürgerkrieg, die Veteranen der internationalen Brigaden geehrt. Allen noch lebenden Interbrigadisten wurde die span Staatsbürgerschaft zugesichert. Während des span. Bürgerkrieges hatten auf Seiten der Republik 45000 Freiwillige aus fast allen europäischen Ländern gegen die Faschisten gekämpft. 16.000 ließen dabei ihr Leben.



**Bullen statt PolizistInnen, dem Versmaß zuliebe**

Die Band ***Die Toten Hosen*** müssen sich seit Nov. gegen eine Strafanzeige wehren, die ein Abgeordneter einer nieders. Partei wegen einer Textstelle in der neuen CD gestellt hat. Er störte sich u.a. an der Textpassage in dem Lied *"Bonnie & Clyde"* in der es heißt: *"Wir rauben ein paar Banken aus oder einen geldtransport, wir schießen 2,3,4,5 Bullen um....".*
Die Toten Hosen erklärten dazu ausdrücklich, daß es in dem Text einschränkend heißt : *"... wir schießen 2,3,4,5 Bullen um,* ***wenn es nicht mehr anders geht."***
Außerdem hätten sie sich für das Wort *"Bullen"* entschieden, weil *"Nullen"* an dieser Stelle zu platt gewesen wäre und *"PolizistInnen"* nicht ins Versmaß gepaßt hätte.

# Internet-Internet-Internet-Internet-Internet#Internet<Internet/internet^I

*Heho! die nachfolgenden 2 Texte wurden aus" trend" (online Magazin) entnommen. Der zweite Text ist als Kritik an ersterem zu verstehen*
*Wir befanden ihn für lesenswert, auch wenn für DiletantInnen in Sachen Internet einige Begriffe nicht zum täglichen Wortschatz gehören werden.*
*Von Beschwerden über den Sprachstil bitten wir abzusehen.*

Martin Rost

Die Veränderungen in der Technik, insbesondere im Bereich der digitalen Informationsverarbeitung, geschehen gründlich und rasch. Noch bis etwa in die Mitte der 60er Jahre hinein waren weder die massenhafte Computerisierung noch die Vorteile graphischer Benutzeroberflächen oder die Dynamik verteilter Informationssysteme vom Schlage des WorldWideWeb absehbar. In den 80er Jahren zeichnete sich der ökonomische Zwang zur Vernetzung von Computern bereits ab. Einerseits führte sie wie beabsichtigt zum Ausbau einer exzellenten Logistik (u.a. Lean-Production), andererseits koppelte sich, vermutlich nicht beabsichtigt, das E-Cash vom Buchgeld (vgl. Altvater 1996) ab. Weder die militärisch- noch die wissenschaftlich-motivierte Vernetzung, die beide an der Wiege des 1969 geborenen Internet standen, erzeugten einen vergleichbar starken Vernetzungsdruck. Entwicklungen wie diese darf man sicherlich als neu bezeichnen, einerseits. Andererseits - zieht man als Maßstab die Technisierung der Kommunikation und die Informatisierung der Arbeit heran, stehen diese Entwicklungen in der Tradition der Industriellen Revolution. Insofern setzen die Computernetze die Industrialisierung insbesondere im Bereich des tertiären Sektors (aus dieser Perspektive läßt sich abgeklärt hinzusetzen: lediglich) fort. Wie einst der Buchdruck mit beweglichen Lettern (vgl. Giesecke 1990) oder die Werkzeugmaschine (vgl. Marx 1867) wirken Computernetze im Bereich der Dienstleistungen, der Wissenschaft, Justiz, Politik und Kultur als Katalysatoren für neue Formen der Organisation. Die Industrialisierung im Bereich der Informationsproduktion geschieht klassisch durch Einführung von übergreifenden Standards für Informationseinheiten (Stichworte: EDI, SGML oder HTML, JAVA(-Applets)) und der Arbeitsteilung bei der Erstellung dieser Informationseinheiten (Stichworte: CSCW, Groupware). Die Programmierung von Programmen geschieht dabei unter Anwendung von Programmen, die auf netzweit verteilte Bibliotheken zugreifend Programme erstellen (Stichworte: CASE-Tools, OOP).
Ein schwerwiegender Unterschied zwischen der derzeitigen Phase der Industrialisierung und dem Beginn der Industriellen Revolution besteht darin, daß heute Zeit; Raum und Funktionen nicht mehr zentralistisch wie damals in einer Fabrik zusammengezogen werden, um vernetzte Kooperationen zu ermöglichen. Deshalb entsteht bei den von der Industrialisierung derzeit Betroffenen keine sinnlich gestützte Vorstellung und keine auf Anwesenheit basierende Kommunikation über die gemeinsam geteilte soziale Situation insgesamt, die noch im 19. Jahrhundert zur Gründung von Parteien und Gewerkschaften und damit zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung beitrugen. Mit diesen Entsinnlichungs-Effekt haben derzeit politische Organisationen zu kämpfen, weshalb sie um Sinnfälligkeit ringen (wie man z.B. am amerikanischen Wahlkampf beobachten kann). Aber gerade wegen der Raum-/Zeit-/Funktionenentkopplung ist zur Koordination modernste Kommunikationstechnik, die sich durch Polydirektionalität auszeichnet, notwendig. Dieses Angewiesensein auf moderne Kommunikationstechnik gilt nicht nur für Betriebe und Organisationen, sondern für die Gesellschaft insgesamt.
Von je her interessiert ökonomisch an Menschen in industrialisierten Gesellschaften vor allem deren bislang noch nicht billiger technisierbaren kognitiven Talente. Routinearbeiten aus dem Bereich :nicht-trivialer Mitteilungsverarbeitung werden verstärkt auf Computer übertragen; weshalb ökonomisch fortan noch intensiver die Abschöpfung von Intelligenz, Kreativität und eigenständiger Urteilsfähigkeit bei Mitarbeitern im Vordergrund stehen muß. Der Zugriff auf unberechenbare, grenzenlose; mit geringen Transformatitionskosten belastete Kommunikationen,: wie sie Computernetze ermöglichen, ist dafür funktional. Wer versucht, Kommunikation zu unterbinden, zu überwachen oder einseitig zu steuern, muß sich fortan stärker denn jemals zuvor rechtfertigen. Auch für betriebsintern operierende Intranets wird vermutlich der Legitimationsdruck auf Entscheidungen insgesamt zunehmen, sobald moderne Kommunikationstechniken eingeführt sind (vgl: erste Beobachtungen: Zuboff 1988, zuletzt: Lange 1996). Insofern nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, daß auf Basis der Netze Diskurse entstehen, die auch vor allgemeinen politischen und delegitimatorischen Diskursen nicht Halt machen. Aus dieser Sicht lösen die Netze das ein, was Brecht in seiner aus den 20er Jahren stammenden, damals zu optimistischen Radiotheorie (Brecht 1967) vermutete.
Im Netzevernetzungsnetz Internet zeigte sich bereits, daß Zensur auszuüben, zumindest auf nationalstaatlichem Niveau, faktisch in diesem Medium nicht durchführbar ist. Sobald Kommunikationen zunächst eingeschränkt wurden, indem der Zugang zu Newsgroups oder WWW-Servern gesperrt wurde (Stichwort: Kinderpornographie; radikale politische Propaganda, Bombenbau), entfachte dies auf anderen Kanälen, und zwar nicht nur im Netz, Kommunikationen genau über diesen Umstand. Sobald ein Loch gestopft war, brach es woanders noch heftiger wieder durch.
Auf der Sollseite dieser Durchindustrialisierung der Gesellschaft steht vermutlich die Zunahme des Zwangs zur Kreativität und Originalität. Die Entfaltung dieser bislang zumeist als erstrebenswerk geltenden Kompetenzen muß fortan einem Arbeitsplatz nicht mehr abgerungen werden. Statt dessen wird vielmehr der erzwungene Aufenthalt permanent an der Grenze der intellektuellen Leistungsfähigkeit zum Problem. Kreativ sein zu dürfen ist nur dann ein Privileg, wenn das Fließband die Alternative ist. So wie Waldbrände mit Gegenfeuer bekämpft werden, so gilt es, die Kommunikationsanforderungen, die durch die neuen Techniken entstanden sind, mit deren Hilfe zu bändigen. Dazu gehört insbesondere die Entwicklung von Routinen zur Vermeidung, Bewertung/Selektion und Steuerung (Stichwort: Intelligent Agents) von Kommunikationen. Auch ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Einsicht in die Rationalitäteiner ungehinderten, demokratischen Kommunikation, die einerseits die Produktivität verbessert und andererseits an den derzeitigen politischen Machtverhältnissen rüttelt, automatisch durchsetzen wird. Noch ist nicht abzusehen, welcher politischen Seite es zuerst gelingen wird, die neuen Techni-

ken zur Foxmung einer wirkungsvollen Kraft für sich nutzbar zu machen. Ein Blick in die Sozialgeschichte der Industriegesellschaften verurteilt Optimismus aber immerhin nicht von vornherein zur Narretei.
An drei Beispielen läßt sich der aktuelle Stand der politischen Auseinandersetzungen, die sich an den modernen Informations- und Kommunikationstechniken bereits entzündet haben, ablesen:
* In den Regelungen zum Urheberrecht wird trotz der Reforxnbemühungen nach wie vor an dem einzelnen Urheber und dessen persönlicher, geistiger Schöpfung angesetzt. Die dort getroffenen Regelungen sind jedoch praxisfremd, wenn Original und Kopie ununterscheidbar geworden sind, die Herstellung von Kopien vernachlässigbar wenig kostet und die Kopplung von Rechten an die materiale Seite eines Produkts (vgl. Barlow 1995) unsinnig geworden ist. Sehr viel konsistenter, aber nicht in die traditionelle politische Landschaft passend, wäre da ein konsequenter Ausbau des kollektiven Ansatzes, der sich gewissermaßen trotz allem ja bereits durchgesetzt hat. So werden Verwertungsgesellschaften wie die GEMA und die VG-Wort derzeit kräftig ausgebaut und neu strukturiert (Stichwort: Multimedia-Clearingstelle). Legt man einen größeren Maßstab an, erhalten Konzeptionen zur "allgemeinen Grundsicherung" (vgl. Vobruba 1990), wie sie bereits Mitte der 80er Jahre entwickelt und einer ersten breiteren politischen Diskussion unterworfen
waren, eine ganz neue Plausibilität.
* Schnüffelsoftware erlaubt die Uberwachung des E-mail-Verkehrs von Mitarbeitern (vgl. Schmitz 1996). Dezenter und deshalb wirkungsvoller ist der, bislang nur durch die Moral des technischen Betreuers eingeschränkte Zugriff auf die beim normalen Netzbetrieb ohnehin anfallenden Verkehrs- (wer kommuniziert in welcher Form und Intensität mit wem?) und Inhaltsdaten. Bei der anstehenden Debatte zur Verbesserung des Datenschutzes und der informellen Selbstbestimmung in den Netzen könnte die Abwägung der widersprüchlichen Kollektiv- und Einzelinteréssen.párteipolitisch quer zu den gewohnten Bahnen liegen. Dadurch entstünde eine "neue Lebendigkeit" des etablierten politischen Diskurses, womöglich analog zur ökologischen Debatte, die begann, das Rechts/Linsks-Schema porös zu machen.
* Einige Staaten (Frankreich, Rußland, China) verbieten den Einsatz sicherer Verschlüsselungstechniken (Stichwort: PGP). Andere Staaten tun sich hervor mit Versuchen, den Zugriff auf Newsgroups und WWW-Server zu unterbinden (Deutschland, Singapur, China).
An diesen Konflikten sind Anfang 1996 in Deutschland Selbsthilfeorganisationen entstanden: die ECO (Electronic Commerce Forum) als Zusammenschluß von Internet-Providern und die FITUG (Förderverein Informations technik und Gesellschaft) als Zusammenschluß von Internet-Anwendern. Während die politischen Interessen der Internet-Provider aus Furcht vor Strafverfolgung derzeit die rechtliche Einbettung des Internet umkreisen und sie nicht für die Inhalte, die sie transportieren, zur Rechenschaft gezogen wer den können wollen, kämpft die FITUG für den Erhalt der liberalbürgerlichen Rechte auf freien Zugang zu Informationen.
3) In die Entwicklungslogik einer Industriellen Revolution eingepaßt, liegt es nahe, von einer derzeit durch Technik wieder beschleunigten Revolution innerhalb der Industriellen Revolution zu sprechen. Wenn mittels der vollständigen Durchindustrialisierung der Gesellschaft die Industrielle Revolution abgeschlossen wird, ließe sich sogar zugespitzt von einer Revolution der Revolution sprechen, die nachfolgend einen neuen, wieder verlangsamten All tag unter gänzlich veränderten Umständen und neuen Gewißheiten erwartbar werden läßt. Die Zunahme von Abstraktionen durch die Universalisierung des "Programmierens" dürfte dabei nur die eine Seite sein. Auf der an deren Seite wird vermutlich, und zwar auf Basis der Durchindustrialisierung, eine antiindustrielle Romantik blühen.

---

***Kritische Bemerkungen.***
*Ein überarbeiteter Diskussionsbeitrag zu der oben vorgetragenen Position*

Die positive Konnotation des Wörtchens Revolution fordert Anmerkungen heraus,die sich aus der Betrachtung der autoritär strukturierten Öffentlichkeit in der modernen bürgerlichen Gesellschaft ergeben: Hoffnungen auf die Geburt nach dem Schwangergehen der alten Gesellschaft mit dem Neuen infolge etwa technischer Entwicklungen können hinterfragt werden darauf, wie weit sich hier nicht eher klientelgeprägte temporäre Ausbruchversuche abbilden, die in nur neuen Arten von Karriere münden. So findet sich in der kritischen jungen Intelligenz, denen sich Öko/Biotechnologie schon als vorbesetzt darstellt, die Vorstellung von der Befreiung (in der individualisierten Gesellschaft, eine andere gibt es ja nicht) mit neuen, "sauberen" und "intelligenten" Mitteln. Sozusagen vom Infoladen zum Internet-Cafe. Übel wäre die neuerliche vereinnahmende Verquickung mit tatsächlichen oder angeblichen Herausforderungen, die sich für den Widerstand von unten stelln, also meistenteils für eine ganz andere soziale Klasse und ihre Organisationen, die verräterischerweise schon jetzt und später vielleicht auch nicht mehr in den beschworenen "Kommunikationen" auftauchen , - was vermeintliche Sprecher anlockt. Es soll nicht gegen den Versuch geschossen werden, mittels Spaß und Erfahrung mit neuer Technik linke Politik auch umzugestalten, aber es ist ein Gefahrenbereich auszuleuchten: Herrschende Eliten konnten immer wieder technische Umwälzungen ganz im Sinne einer inneren Kolonisierung der Gesellschaft so sozial wirksam werden lassen, daß Ausgebeutete und ihre Gegenäußerungen hernach noch ausgeschlossener vom bunten Treiben der "Öffentlichkeit" waren. Aber auch beglückende Entwürfe von kreativitätsstrotzenden Zukunftsarbeitsplätzen trüben schnell nach in unserer Erfahrungswelt, auf wessen Rücken und zu wessen Nutzen technische Neuerungen noch stets betrieblich durchgesetzt wurden, wenn nicht organisierte Interessenvertretung dagegenstritt.
Dagegen sind aber, auch das ist ja Erfahrung, Schritte möglich - bedenkenswerte können sich ergeben aus der offenen und polarisierenden Diskussion mit guten Freunden der neuen Technik.
Reize ....
Das Wort Polydirektionalität (frei: Fluß in mehrere Richtungen) verschafft Hoffnung, wenn man das Funktionieren von Informationsströmen in der bürgerlichen Öffentlichkeit verfolgt oder sich auch einfach nur über die Untauglichkeit eingekaufter Waren ärgert. Die Einseitigkeit

der Austeilung der Information/Werbung hat sich zunächst im historisch entstandenen Internet nicht so auf die technische Tatsache,daß die Leitung in zwei Richtungen arbeitet, heraufzwingen lassen. Es ist da möglich, auf demselben Kanal Produktkritik oder Schelte behaupteter Tatsachen zu üben. Auf diese Möglichkeiten, in sog. Newsgroups Eigenes reinzuschreiben, zu antworten und von anderen zu lesen, bezieht sich das Verheißungsvolle der Freunde des Internets in der Linken.

Das "neue" Internet (http-protokol-lierte grafikgestaltete Seiten) funktioniert da schon ganz anders, hier haben wir wieder das "Angebot", so konnten sich ungefährlich also auch Tagesschau und mittlerweile fast alles, was einem verkauft werden soll, einfinden.

Freie Kommunikation...

Die ständig im Fernsehen laufende IBM-Werbung suggeriert, daß nun alle alle, schwarz, weiß, alt, jung ... jederzeit miteinander ... kommunizieren können. Was offen bleibt: Wer spricht zu welchem Zweck und unter welchen gesellschaftlichen Voraussetzungen? Im Betrieb gehorsam, in der Schule untergeben, in der Ehe lmifflig, im von den Managern gelesenen Bereich gestochen karriereförderlich. Die versprochene bürgerliche Grundfreiheit kommt aus der formalen nun nicht etwa in die materielle Existenz, weil "Kommunikationen" leidlich schneller, allgemeiner etc. verlaufen.

Das Internet, das im akademischen Betrieb entstand, übt den Reiz aus, an das Geforschte zunächst nicht gebunden zu sein. So stellen sich auch alle Meinungsäußerungen darin dem Leser dar - als (an sich, ohne Bindung an tragende Gruppen und Strukturen von Benutzern) vorgefundene Brocken, verdaulicher oder unverdaulicher. Mangels verbindendem Geltungsanspruch und Recht auf Gehör kanb sich das "Ins-Netz-Stellen" nicht als demokratische Kommunikation konstituieren. Die totale Freiheit ist mithin eher absehbar nur Bedingung der späteren Verwertbarmachung mittels Vermeidungs- und Bewertungsroutinen bezüglich unerwünschter Koinmunikationen. Technische Wege sind noch nicht ganz geklärt, gesetzliche Grundlagen hingegen etwa mit dem neuen Telekommunikationsgesetz schon geschaffen. Dies sieht die Pflicht aller Mailboxbetreiber u.ä. vor, staatlichen Kontrollbehörden jederzeit Zugang zu allen Informationen zu verschaffen, und zwar dergestalt, daß der Betreiber selbst vom Zugriff nichts . merkt. So stellt sich ganz altbacken die Problematik der Bekämpfung staatlicher Datensammelwut. Die bisherige Hilflosigkeit etwa der Bundesanwaltschaft bezüglich der Sperrung des Zugriffs auf die Zeitschrift "radikal" im Internet drückt hier nur aus, daß die Vorstellung der Ordnung einer gefächerteren Kommunikation mittels Gewalt zunehmend absurd ist.

... und Zensur

Daher macht das Wort von der technischen Unmöglichkeit von Zensur im Internet die Runde und die Sache beliebt. Tatsächlich funktioniert aber die Zensur ja auch unter dem Regime des Art. 5 Grundgesetz, der sie verbietet, sozial vermittelt (siehe oben): Das stellt sich natürlich nicht jedem gleich dar, weil auch die kritische Außerung Beginn eines Erfolgs in der alten Gesellschaft sein kann statt Kenntlichmachung des Neuen im Alten.

Für andere hat sich Nehm, Generalbundesanwalt und damit eigentlich aus öffentlichem Geld bezahlt für das Abarbeiten von Akten, im "Spiegel" in ganz offener Formulierung geübt: "Ich glaube, daß das Netz immer mehr wirtschaftliche Bedeutung bekommen wird. Dann haben Provider und Anwender ein gesteigertes Interesse, den vielen Schrott aus dem Netz herauszuhalten. Ich setze da ein bißchen auf die Interessen des Marktes. Sollte das jedoch nicht klappen, könnte es sein; daß wir besondere Gesetze brauchen, die die Verantwortung der Beteiligten klarstellen."

Andersherum nun die These: Es bräuchte gesonderte Gesetze, um das freie Wirken von Markt und Bundesanwälten im Netz einzuschränken. Das Bundesverfassungsgericht hat in der sogenannten Volkszählungs-Entscheidung (BVerfGE 65,1) ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung proklamiert. Es gibt vereinzelt Gedanken, wie hier eine Weiterentwicklung in Richtung eines Rechts auf ungestörte Kommunikation faßbar wäre. Das wird insbesondere noch aktueller, je mehr Bedeutung - wie absehbar - betriebliche "Intranets" bekommen, in denen die technisch durch Chefüberwachung mögliche Bewertung "persönlicher" Kommunikation diese endgültig an das Geld bindet. An der Einschränkung des sicheren Zugangs zu Kryptographieverfahren, die Auswüchse durch Abschottung persönlicher Mitteilung durch Verschlüsselung in den Griff bringen könnten,wird in interessierten Behörden und Institutiongn gerade gearbeitet. Damit würde im übertragenen Sinne das Recht, den Briefumschlag zuzukleben, genommen werden.

Die Befassung aus dieser Warte, der Kampf um den Erhalt bürgerlicher Grundfreiheiten, die Zurückdrängung maßloser staatlicher Interventionsrechte bedingt nur scheinbar (und führt z.B.in autonomen Kreisen zu erstaunlichen Sinneswandeln) ein Abkippen in die mutlos gewordene Toleranz von hetzerischen; faschistischen Außerungen im Netz. Die Kundtuenden können nur wirksam auftreten als Sprecher realer Organisationen und mithin als Aussprecher realer Beleidigungen und Drohungen. Ein Recht auf ungestörte Kommunikation würde, wie übrigens fast alle Grundfreiheiten es unstrittig tun, das negative Recht, nicht durch derlei belästigt zu werden, beinhalten müssen. Das Problem, ein entsprechend auslösbares Recht auf Beistand wiederum nur dem Ermessen der staatlichen Institution anheimstellen zu können, wirkt zwar behinderlich, aber Selbstorganisation von Strukturen/Boxen kann da ganz gute Felder finden, erprobte Regeln des Diskurses verbindlich einzuhalten. Die Verbindlichkeit von Kommunikation ist erst das Kettenglied, das sie sozial wirksam werden läßt. Und diese erfordert zwischen den Kommunizierenden gute Voraussetzungen von Gleichberechtigung, Achtung. Nüchtern, fast freudlos stellt man fest: Die soziale Revolution hat doch nicht stattgefunden durch dieTechnik.

(uga)















## DEN KAMPF UM DIE KÖPFE DER MENSCHEN AUFNEHMEN

Am 21. / 22. November tagte in Hamburg die Innenministerkonferenz u. a. zu dem Thema Castor-Transporte nach Gorleben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: nicht die angekündigten drei Castor-Behälter sollen, wie jüngst gemunkelt wurde im März´97, ins Wendland rollen, sondern deren sechs und zusätzlich in einem zweiten Transport im Laufe des Jahres neun Behälter mit Glaskokillen aus der französischen WAA in La Hague. Wie weiter zu vernehmen war, wird der Bund noch mehr BGS-Einheiten in den Landkreis entsenden und auch die Bundesländer werden einen größeren personellen und finanziellen Beitrag zur Durchsetzung der Transporte leisten. Gleichzeitig wurde von der IMK eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Streckenführung und den überegionalen Einsatzrahmen beschäftigt. Zwar haben sich bislang alle Prognosen über die Anzahl der Transporte als unhaltbar erwiesen, doch scheint nun ein neuer, ernsthafter Versuch unternommen zu werden, die gesteckten Ziele auch tatsächlich zu erreichen. Dem erfolgreichen Widerstand soll das Wasser abgegraben werden. Mit der Ankündigung von soundsoviel Behältern bzw. Transporten wird wie bei den Faßtransporten auf einen Gewöhnungsprozeß gesetzt, darauf, daß unsere Kräfte schwinden, wir nicht in der Lage sein werden, zwei, drei Mal im Jahr über Tage hinweg unseren Protest auf auf die Straßen und Schienen zu tragen. Nach ihrer Logik ist es an der Zeit, dem ganzen Spuk ein Ende zu bereiten, ein für alle Mal. Die aufmüpfigen WendInnen haben uns genug geärgert, so das einmütige Credo der IMK, wo kommen wir schließlich hin, wenn das Schule macht? Wenn die Menschen auch an anderen sozialen Brennpunkten erkennen, der Einsatz könnte lohnen. Daß es nichts geschenkt gibt, aber mit Mut, Entschlossenheit, Solidarität und Kraft viel erkämpft werden kann! Und so steht der Kampf gegen die Castor-Transporte nicht nur stellvertretend für den Kampf gegen das Atomprogramm, sondern beispielhaft für alle Kämpfe gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

# ÖFFENTLICHKEIT? WESSEN ÖFFENTLICHKEIT?

Auch sonst eher gemäßigte Publikationen stimmen derzeit in die Hetztiraden gegen die Anti-AKW-Bewegung ein. Das gibt Anlaß für ein paar grundsätzliche Anmerkungen zum Thema „Umgang mit Massenmedien". Einige könnten vielleicht in Versuchung geraten, gegenüber der Presse das Bild von uns richtig zustellen und den Beweis antreten zu wollen, daß wir ganz lieb und gewaltfrei sind, keine „Attentäter". Alle Unternehmungen in dieser Richtung sind aus zwei Gründen zum Scheitern verurteilt: Erstens wollen die Medien ihre Sensationsmeldungen über gewaltätige ChaotInnen. In der Logik der Massenmedien, wie wir sie kennen, liegt es, daß sie nicht an unserer Politik interessiert sind, sondern an der Produktion möglichst reißerischer Bilder. Dieser Umstand ist aber nicht irgendeinem Teil der Bewegung anzulasten und von uns umgekehrt auch nicht beeinflußbar. Bemühungen in dieser Richtung sind reine Energieverschwendung. Zweitens bilden ja die Medien nicht nur eine wie auch immer geartete Realität ab: Zur Not erzeugen sie selbst die Realität, die sie darstellen wollen. Im Wendland wie auch in den Städten versuchen z. Zt. JournalisteInnen, Leute dazu zu bewegen, sich eine Vermummung überzustreifen und gegen Honorar eineN ChaotIn darzustellen, die gerade gefährlich in den Schienenverkehr eingreift, oder sich wenigstens vor laufender Kamera dazu bekennt. So kommt die Nation zu „authentischen" Bildern vom militanten Alltag. Kurz gesagt: Die Medien lügen, verfälschen, fabrizieren ihre Storys und sind alles in allem nicht unsere Freunde. Darum sollten sich alle mal fragen, ob oder wie sehr sie die Drohung einer schlechten Presseberichterstattung in ihrer Aktionsplanung beeinflußt. Wie unter den genannten Vorzeichen weiter mit Massenmedien umgegangen werden soll oder muß? Alle sollten darauf achten, die Möglichkeiten der Verbiegung des Gesagten zu minimieren! Laßt niemanden ein Interview drucken, daß Ihr nicht nochmal vorher gelesen habt. Äußert Euch in kurzen, klaren Sätzen und gebt keinen Kommentar ab zu Aktionen von anderen Leuten. Niemand muß alles gut finden, was andere Leute im Rahmen iher Vorstellung von Widerstand tun; das Schlagwort von der Einheit in der Vielfalt bedeutet aber auch gar nicht, daß jede Gruppe für alle Aktivitäten anderer Gruppen mitverantwortlich ist, sondern nur, daß alle unseren unterschiedlichen Aktionsformen und Politikvorstellungen die Gesamtheit des Widerstands ausmachen.

# DIE ORIENTIERUNG AUF DIE BAHN HAT SICH ALS EIN ELEMENT BEWÄHRT !

Die Bahn als Atommülltransporteurin ist natürlich nicht alles, was mensch im Rahmen einer NIX-Kampagne angreifen kann. Es ist aber aus strategischen Gründen nach wie vor sinnvoll, dies zu tun, und es auch konzentriert zu tun! Die bisherige Politik zeitigt schließlich Erfolge: Die Gewerkschaft der Eisenbahner sieht die Sicherheit gefährdet und möchte allein deswegen über eine Einstellung der Castor-transporte verhandeln. Bei weit über 200 Sabotageaktionen gegen die Bahn, in gut zwei Jahren, ist der entstandene Sachschaden enorm und erwischt wurde keineR! Der für November geplante Castor konnte verhindert werden und die Kosten für die Durchsetzung der Transporte steigen schon im Vorfeld munter an.
Neben den konkret verursachten materiellen Schäden durch vielfältigste Aktionen tritt ein erhöhter Bewachungsaufwand. Mit mehr BGS, häufigeren Patrouillen, dem Einsatz nachtflugfähiger Hubschrauber, Wärmebildkameras und und und, sollen die Bahnanlagen besser gesichert werden, ein hoffnungsloses Unterfangen, daß ja auch nicht ganz billig ist.
Daß die Bahn AG auch weiterhin mit im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen soll, bedeutet keine Fixierung auf militante Aktionen. Es gibt außer direkter Sabotage noch viel, viel mehr Möglichkeiten, die Bahn zu nerven: Von Flugis auf Bahnsteigen zu verteilen über das Besetzen bahneigener Infostände hin zum Kundgebungen organisieren, Kunstwerke in der Bahnhofshalle enthüllen oder Züge mit Parolen verzieren gibt es eine große Palette von Aktionen, die für alle machbar sind. Bei Sabotageaktionen hingegen sollte keine Fixierung, weil wir jede Fixierung ablehnen, auf Hakenkrallen erfolgen, zumal solange nicht, wie nicht jede Gefährdung von Menschen ausgeschlossen werden kann. Die technisch Begabten unter uns sind hiermit ausdrücklich aufgefordert, Alternativen zu entwickeln und öffentlich zu machen. Wir möchten an dieser Stelle jedoch ausdrücklich anmerken, daß wir den Einsatz von Hakenkrallen weder grundsätzlich in Frage stellen, noch die sie einsetzenden GenossInnen, wegen der Verletzung eines Lokfahrers, der Leichtfertigkeit oder dgl. mehr bezichtigen. Im Gegenteil wir stehen zu dieser Aktionsform genauso wie zu anderen und wir sprechen jeder das Recht ab über die Zugehörigkeit von militanten AktivistInnen zum Widerstand entscheiden zu wollen! Dennoch erachten wir den Konsens, durch unsere Aktionen keine Menschen zu gefährden, nicht gering, sondern halten ihn für richtig. Nur wenn dieser Konsens unangetastet bleibt, kann die Vielfalt und Breite der Bewegung bewahrt werden. Wobei wir natürlich unterscheiden, zwischen Aktionen mit Eingriffen in den Bahn- oder Straßenverkehr und z. B. der konkreten Transportsituation, in einer direkten Konfrontation. Dies nur zur Erläuterung der obigen Aufforderung.

# (V)ERFOLGTER WIDERSTAND

Nach der Einlagerung der Glaskokillen war die Stimmung in der Region keineswegs resignativ, sondern geradezu euphorisch. Denn die Rechnung des Staates ist nicht aufgegangen, Protest und Widerstand waren heftiger als noch ein Jahr zuvor. Und für die Durchsetzung des Transportes war das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD notwendig. Doch auch den rd. zehntausend ins Wendland eingefallenen Bütteln ist es nicht gelungen, ihn ohne größere Behinderungen ins sog. Zwischenlager zu verbringen. Ohne jeden Zweifel ein großer Erfolg.

Aus dem ganzen Land hatten sich Menschen auf den Weg gemacht, um sich hier querzustellen. Sie haben gezeigt, daß die Transporte politisch nicht durchsetzbar sind und damit ihre Verbundenheit mit dem Widerstand zum Ausdruck gebracht. Doch der Erfolg, den die gerade seit Sommer´94 erstarkte Anti-AKW-Bewegung errungen hat, ist dem Staat ein Dorn im Auge. Ihr ungeahnter Aufschwung genauso wie die z. T. unverhohlenen Sympathien, die selbst Sabotageakte bis weit ins bürgerliche Spektrum hiein geniessen. Kein Wunder also, wenn Staatsschutz und Medien zunehmen gegen AtomkraftgegnerInnen mobil machen.

**SCHLECHTE NACHRICHTEN
FÜR DIE ATOMMAFIA:
WIR SIND ALLE DIE CHAOTINNEN!**

Keine Frage, es weht ein schärferer Wind, der mediale und staatliche Druck nimmt zu. So bemüht sich der Verfassungsschutz geradezu rührend um den wendländischen Widerstand und hat bekanntermaßen mehrere Personen auf 400,- DM Basis zur Ausspitzelung der „Anti-AKW-Szene" angeworben. Daneben läuft in den Medien eine massive Hetzkampagne, die bis weit in die liberale bürgerliche Presse hineinreicht. Dabei geht es um den Versuch, in den Köpfen der Menschen Militanz und Anti-AKW-Bewegung auseinanderzudividieren, mit dem uralten „Argument", es handele sich beim militanten Teil in Wahrheit keinesfalls um Atomkraftgegner, sondern vielmehr um Staats-feinde. Dies ist natürlich, mensch mag dies bedauern oder nicht, zum einen nicht wahr. Zum anderem kriegten wir irgendwann gern mal erklärt, warum eigentlich Linke praktisch automatisch keine richtigen Atomkraft-gegnerInnen sein können. Natürlich geht es aber auch um den Verlust der großen Sympathien, die der Widerstand nach wie vor in der Bevölkerung genießt und um eine Entsolidarisierung der Bewegung. Konflikte zwischen sog. Gewaltfreien und sog. Militanten sollen geschürt und zur Schwächung der Bewegung genutzt werden. Da die bis jetzt so erfolgreiche Vielfältigkeit und Unberechen-barkeit auch weiterhin gewollt ist, dürfte dieses Manöver aber wohl kaum gelingen. Wir sehen, die in den Medien versuchte Spaltung verläuft anhand der bekannten Linien: militant gegen gewaltfrei, links gegen besorgte BürgerInnen, böse gegen gut, Stadt gegen Land usw. usf., alles soll gegen einander ausgespielt werden; das wird dann so verbogen und hinkonstruiert, bis dahin, daß die Medien die „Zentrale" des militanten Widerstands in Berlin ausmachen. So recht glauben kann das niemand, noch nicht einmal der VS. Denn wenn die „Zentrale" der „Chaoten" doch in Berlin ist, warum macht er sich dann die Mühe, sie im Wendland zu suchen?

Ja, der Wind ist härter und kälter geworden, wichtig in dieser Situation ist vor allem, Ruhe zu bewahren. Jetzt wie das Kaninchen auf die Repressionsschlange zu starren, wäre ein großer Fehler. Erinnern wir uns der Worte Maos, mit dem wir hier ausnahmsweise mal einig sind:

**WENN DER FEIND UNS BEKÄMPFT,
IST DAS GUT UND NICHT SCHLECHT !**



# SCHAFFT ZWEI, DREI, VIELE GORLEBEN !

Es gilt, den Castor im Vorfeld zu verhindern! Darum ist es notwendig, den erforderlichen Aktivitäten der nächsten Wochen und Monate eine gemeinsame Richtung zu geben. Denn die Vielfalt und Breite der Bewegung kann sich nicht allein auf Aktionen gründen, die lediglich von einzelnen Strömungen oder Kleingruppen getragen werden. Es bedarf eines gemeinsamen Zieles: Dies sehen wir in der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg. Diese Strecke, über die ja die beiden ersten Transporte ins Wendland gelangten, ist zwischenzeitlich für jedweden Zugverkehr stillgelegt. Damit ist eine Situation gegeben, wie sie auch auf den letzten Metern vor dem Verladekran gegeben ist: Die Gleise dienen nur noch zum möglichen Transport von Atommüll. Folglich ist es nur konsequent, den Aktionsradius auf die gesamte Strecke auszudehnen. Das Ziel dieser gemeinsamen Aktivitäten besteht in einer Aneignung der Strecke. Diese kann auf sehr unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Von regelmäßigen Bahnspaziergängen über die Umnutzung des Gleiskörpers bis hin zu dessen völliger Demontage kann die Palette reichen. Öffentliches Zersägen der Gleise kann hier genauso erfolgen wie das teilweise schon erfolgte nächtliche. Keine Bahn zum Castor-Kran heißt an dieser Stelle, daß die Strecke für den nächsten Transport nicht zur Verfügung steht und kurzfristig dafür auch nicht wieder hergerichtet werden kann. Hier kann also praktisch demonstriert werden, daß die Bewegung sich nicht spalten läßt und nach wie vor zum gemeinsamen, zielgerichteten Handeln bereit und in der Lage ist.

Doch es gilt auch, daß sich die Anti-AKW-Bewegung im Abwehrkampf gegen den Castor nicht erschöpft. Es wird zunehmend dringender darüber hinausgehende Impulse zu setzen, ohne die bisherigen Orientierungen aufzugeben. Angriffe auf die Bahn oder andere vom Atomgeschäft profitierenden Firmen können auch im Zusammenhang mit anderen Transporten erfolgen. Überdies sollten alle anderen Atomtransporte unsere verstärkte Aufmerksamkeit finden. Denn sie stellen den Lebensnerv dieser menschenverachtenden Technologie dar. Ohne sie wäre keine einzige Atomanlage in Betrieb. Darum rufen wir dazu auf, wo immer es möglich ist, diese ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren und mit den bewährten Mitteln, in dem von uns anerkannten Rahmen, keine Menschen zu gefährden, anzugreifen. Wir halten es dabei für unerheblich, ob es sich dabei um Transporte von Uranerz, -hexaflourid, unbe-strahlten Brennelementen oder um sog. Castor-Transporte handelt. Genausowenig spielt dabei eine Rolle ob es sich um nationale oder internationale, um Transporte von oder zu einer bestimmten Atomanlage handelt. Wenn Staat und Atomwrtschaft nicht mehr wissen, ob es besser ist diesen oder jenen Transport zu schützen, dann wird dies auch konkrete Auswirkungen auf den Standort Gorleben haben. Hier ist ein Kristallisationspunkt, diesen sollten wir nutzen, nicht um hier die unmögliche Entscheidungsschlacht gegen die Nutzung der Atomenergie zu schlagen, sondern um uns von hier aus auf den Weg zu machen. „Schritt für Schritt ins Paradies"...




gez.: Untergrundamt und Verkehrsausschuß
der Freien Republik Wendland
Gorleben im Dezember 1996

Sehr verehrte GenossInnen "Augen auf und weiter so"

In der Interim 400 vom 5.12.1996 habt Ihr die Verantwortung für den am 22.10.96 verübten Anschlag auf die Bahnstrecke Bremen Hamburg, bei der der Lokführer Udo H. verletzt wurde, übernommen.

Auch wir begreifen uns als Teil des Ant-AKW Widerstandes. Deshalb wollen wir eine hoffentlich solidarisch verstandene Kritik loswerden und mit Euch klären wie es zu dem Unfall gekommen ist.

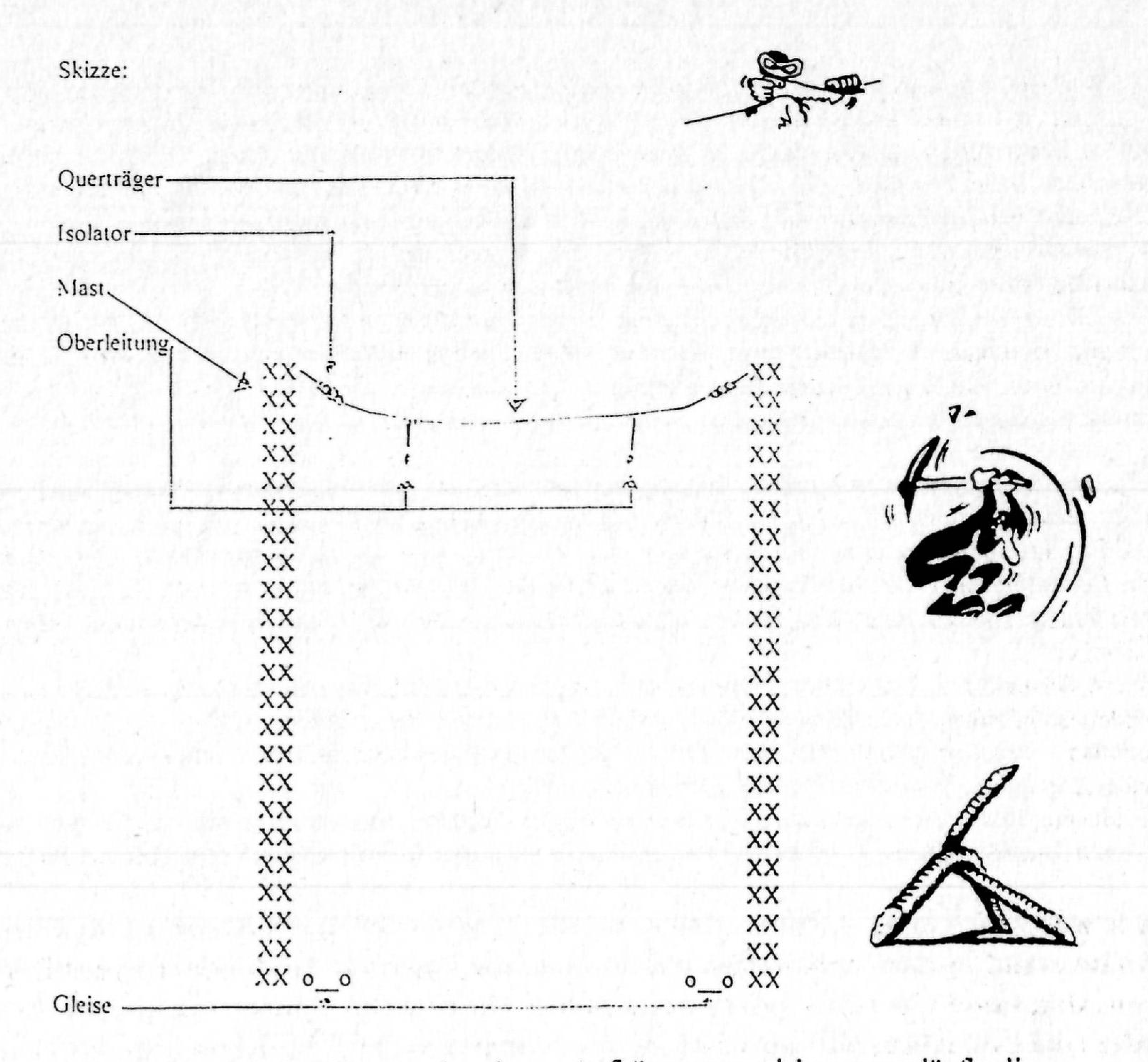
Ihr schreibt, daß ihr mit der Aktion keine Unbeteiligten verletzen wolltet. Ihr habt bei der Aktion einen Wurfanker an der zweigleisigen Strecke verwendet. Was genau passiert ist, wißt Ihr offensichtlich auch nur aus den Medien, nämlich daß einem mehr oder weniger gleichzeitig entgegenkommendem Zug irgendetwas die Frontscheibe zerschlagen hat, weshalb bedauerlicherweise der Lokführer Glassplitter abbekommen hat.
Ihr zieht daraus die Konsequenz und sprecht die Empfehlung aus, bei mehrgleisigen Fahrstrecken in 3km Entfernung auf dem anderen Gleis ebenfalls einen Wurfanker zu plazieren, mit dem Ziel diesen Zug rechtzeitig zu stoppen.
Ein Wurfanker auf dem anderen Gleis ist aber schon von daher unzureichend, da dieser nur einen elektrisch betrieben Zug aufhalten würde. Einen dieselbetrieben Güterzug, der zwar eher langsam fährt, hält dieses nicht auf.

Wir können uns Eurer Empfehlung nicht anschließen, vor allem deshalb, weil wir die Gegebenheiten vor Ort, die bei Euch herrschten, nicht einschätzen können. Solange diese nicht nachvollziehbar sind, würden wir von solchen, unserer Meinung nach voreiligen Empfehlungen absehen und sie stattdessen überprüfen wollen.

Außer den Kenntnissen der Gegebenheiten vor Ort bezieht Ihr Euch auf die Presseverlautbarungen. Daß diesen Presseverlautbarungen mit größter Vorsicht zu begegnen ist, dürfte nun kein Streitpunkt sein. Zu groß ist einerseits das Interesse der Herrschenden den gesamten, also auch den militanten Anti-AKW Widerstand zu verunglimpfen. Wir müssen insofern mit Verdrehungen, Übertreibungen und falschen Anschuldigungen rechnen. Darüberhinaus müssen wir aber auch davon ausgehen, daß die JournalistInnen, die über einen solchen Vorfall berichten, keinerlei Sachkenntnis haben und ihre Berichte zumeist aus Polizeiberichten zusammenschustern. Daß aus diesen Kreisen nicht eben eine sachliche Darstellung zu erwarten ist, ist naheliegend.

Was uns irritiert ist folgendes. Es gab bislang bundesweit rund 100 Wurfankeranschläge, bei denen bis zum letzten Vorfall niemand verletzt wurde. Jedenfalls bei den neu entwickelten Hakenkrallen ist das der Fall. (Früher wurden durchaus schwerere Hakenkrallen verwendet, die sehr tief herunterhängen konnten.)
Bei der von Euch durchgeführten Aktion ist etwas heruntergefallen, von dem es wichtig wäre zu klären, was es gewesen ist. Und, wie konnte der Wurfanker auf dem einen Gleis, das Nebengleis beeinflussen? Ihr habt etwas von einem "herunterstürzenden Eisenteil" oder "Porzellanisolatoren" gehört, wir haben etwas von "Querträgern" gelesen. Daß einem Sachunkundigen ein Querträger auch für ein herunterstürzendes Eisenteil vorgemacht werden kann, liegt nah. Wir haben deshalb unsere verdeckt bei der Bundesbahn arbeitenden GenossInnen befragt, um was es sich bei einem Querträger handelt.

Ein Querträger ist die Aufhängung, die die Oberleitung mit dem Masten verbindet. Der Querträger kann auch eine Stahlseilkonstruktion sein, die zwischen zwei gegenüberliegende Masten gespannt ist. An dem Querträger sind die Oberleitungen für ein, zwei oder mehr Gleise angebracht.
Innerhalb von Städten sind die Ouerträger anders als außerhalb, zwischen den verschiedenen Bundesländern gibt es ebenso wie zwischen ICE-Strecken und elektrifizierten Nebenstrecken Unterschiede und insbesondere in vielgleisigen Rangierbereichen gibt es ausgesprochen viele verschiedene Möglichkeiten, Oberleitungen aufzuhängen, bspw. Aufhängungen, die nur ein Gleis versorgen.
Die Frage ist: Kann es sich bei dem heruntergefallenen Ding, um das Stahlseil eines Querträgers gehandelt haben.




Es ist unserer Meinung nach bei solchen verbundenen Aufhängungen nicht zwangsläufig die Folge, daß auch die Oberleitung des anderen Gleises in Mitleidenschaft gerät und ein hier entgegenkommender Zug in den Kabelsalat hineinfahren kann, aber es besteht wenigstens die Möglichkeit. Und es wäre dabei auch nicht verwunderlich, daß die Frontscheibe je nach Geschwindigkeit des Zuges kaputt gehen kann.
Warum ein Querträger nun trotzdem so einfach abreißen kann, verstehen wir auch nicht ganz. Wir müssen aber auch eingestehen, daß der Vorfall erst jetzt unseren Blick zu schärfen beginnt. Es wäre also wichtig zu wissen, wie die Aufhängung der Oberleitung an der betreffenden Stelle gewesen ist. Wir gehen davon aus, daß sich jede Gruppe, die eine solche Aktion durchführt, sich die Begebenheiten vor Ort genauestens anschaut. Insofern schlagen wir deshalb vor, daß Ihr Euch das Ganze nochmal durch den Kopf gehen laßt und Euch nochmal meldet.

Eine Konsequenz nach diesem Vorfall ist, daß wir zur Zeit davon abraten, Hakenkrallen in scharfen Linkskurven in Fahrtrichtung einzusetzen. Da die Züge rechts fahren, könnte eine in einer scharfen Linkskurve heruntergerissene Oberleitung, dadurch daß sie gespannt ist, auf das andere Gleis herüberhängen und von einem entgegenkommenden Zug erfaßt werden.

Ansonsten sehen wir zur Zeit keinen Grund dafür, die bewährten Hakenkrallen nicht weiterhin bei einzeln aufgehängten Oberleitungen einzusetzen. Insgesamt würden wir aber sagen, daß jede Gruppe selbst versucht, die Bedingungen vor Ort einzuschätzen und ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen. Es muß ja nicht immer ein Wurfanker sein, was uns erfreut und der Atommafia und ihren Handlangern Kopfschmerzen bereitet.

Udo H. wünschen auch wir, daß er seine Verletzungen und seinen Schreck gut übersteht. Auch wenn es völlig selbstverständlich ist, möchten wir nochmal betonen, daß sich unser Kampf nicht gegen die Bediensteten der Bundesbahn richtet, sondern gegen diejenigen menschenverachtenden Profitjäger, denen weder viel an unserer Gesundheit noch an einem Leben in Würde gelegen ist.

Autonome Gruppe "Kommt die Bahn oder kommt sie nicht"

# Tag X in Ahaus ?

Der Widerstand gegen den Castor in Gorleben ist überaus effektiv und erfolgreich. Dieser Erfolg steht aber in Frage, wenn Betreiber und HERRschende einfach ein anderes, billiges Zwischenlager haben, - genau , das in Ahaus. Daher besteht die Notwendigkeit jeden Transport von Castorbehältern nach Möglichkeit zu ver- oder behindern. Daher beschloß die Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung im September in Hamburg, bei einem anstehenden Transport nach Ahaus genau so zu mobilisieren, wie nach Gorleben.
Voraussetzungen wären einerseits der Wunsch nach Unterstützung von Auswärts bei den örtlichen Gruppen und andererseits ein organisatorischer Rahmen. Beides ist nun gegeben.
Am 1.Dezember traf sich ein Delegiertentreffen für eine zentrale Koordinierung. Dieser Delegiertenrat wird vor und während der Mobilisierung als auch vor, während und nach Aktionen das maßgebliche Gremium für Diskussionen, Kritik und Entscheidungen sein.
Einige Ergebnisse des ersten Treffens:
organisatorisches
Es wird eine Infostruktur geschaffen. Bislang sind zwei oder drei Info-Telefonnummern vorgesehen, die für alle erreichbar sein werden. Eine EA-Struktur ist davon unabhängig vorhanden. Was bislang fehlt sind Sanis.
Die Mobilisierungstruktur ist theoretisch auch klar. Allerdings sind wir darauf angewiesen, von anderen, (d.h. von Euch) Informationen zu bekommen, wann und wo ein Transport ansteht, vorbereitet wird oder losgeht!
Die Gruppen der zentralen Koordinierung mobilisieren dann über die vorhandenen Strukturen weiter.
Inhaltlich:
Der Widerstand soll bunt und phantasievoll sein. Es gibt keine Distanzierung oder Ausgrenzung von anderen Widerstandsformen. Jede Aktion, die nicht andere Teilnehmerinnen und deren Aktionen gefährdet ist willkommen. Einige Gruppen wollen dabei für sich absolut gewaltfrei handeln und erwarten, daß jeder die von anderen gewählte Widerstandsform respektiert und unterstützt.
Es gibt ein Streckenkonzept, damit, falls Notwendig, verschiedene Widerstandsformen „entflechtet“ werden können. Innerhalb „seines“ Streckenabschnitts wäre jede Gruppe für seine Aktion selbst verantwortlich.

**Alle waren sich einig darüber, daß es schwierig sein wird, nach Ahaus zu mobilisieren. Ahaus stand immer im Schatten des baugleichen Lagers in Gorleben. Bei der Bewertung von Ahaus und Gorleben gab es dabei immer Differenzen. Ahaus ist nicht der Ersatz oder eine Entlastung für Gorleben, sondern immer mehr DAS Lager, um das es eigentlich geht.**
**Ahaus soll nach dem neuen Genehmigungsantrag nicht nur auf das mehr als dreifache erweitert werden, es hat auch schon seine Feuertaufe hinter sich, da schon 305 Castor-Behälter aus Hamm-Uentrop eingelagert wurden, ohne das dies in der Anti-AKW-Bewegung allzuviel Interesse erregt hätte. Ahaus hat als Lager einige Standtortvorteile (unabhängig von Oberleitungen, keine Verladestation sondern Gleis bis in die Lagerhalle, und nur wenig Widerstand vor Ort und überhaupt keinen Widerstand überregional, außerdem die Planung für ein Faßlager [wobei ein Antrag vorliegt, hier auch noch Castor-Behälter einzulagern um noch mehr Kapazität zu schaffen] und eine Konditionierungsanlage sowie die Salzstöcke in unmittelbarer nähe} Einiges spricht dafür, daß es den Betreibern und den HERRschenden ganz gut in den Kram paßt, wenn in Gorleben mit viel Theaterdonner der Bürgerkrieg inszeniert wird, solange in Ahaus alles ruhig und preiswert realisiert werden kann. Ahaus ist auch daher der Entsorgungsnachweis für den Atombomben-Reaktor in Garchingen!**
**Es spricht also einiges dafür, den Betreibern einen Strich durch die Rechnung zu machen und nicht wie blöde nach Gorleben zu starren, während in Ahaus all das realisiert wird, was in Gorleben be- und verhindert werden konnte und kann.**

**Also, schaffen wir wendländische Zustände auch in Ahaus und überall dort, wo die Atommüllmafia sich hinwendet.**

Wir sehen uns in Ahaus

Das nächste Delegiertentreffen ist am Sonntag, den 05. Januar in Ahaus ab 15⁰⁰ Uhr. Alle Interessenten sind aufgerufen zu kommen. Wer in den Verteiler und / oder die Telefonkette möchte oder selber Informationen hat, kann sich melden bei:

c/o INFAM
Postfach 1632
48666 Ahaus

Telefon: 02566 96 3 94

Leserbrief

Wie anders konnte es sein. Elsässer mußte sich ja mal wieder vom hohen Roß seines Mythos zu Wort melden, um all seinen Jüngern das Glaubensbekenntnis vorzusprechen. „Der Herr sprach: Ich bin antideutsch, also bin ich gut. Der „Restmob“ ist deutsch, also schlecht. Deswegen sollst DU die Militanz nicht an die falsche Adresse richten, sondern dem „Wurzener Bürger“ zu Teil werden lassen. Amen!. Merke: Und wer das nicht versteht, der ist vom Nazi nicht mehr zu unterscheiden. (Wie falsch die Adresse „Dresdner Bank“ war, hat ja schon S. Reutlinger in seinem Beitrag klargestellt). Der Trick des Meisters, den eigenen abgeschlafften Resignator, das völlige Ablehnen, daß man dafür kämpfen muß und kann, daß sich hier was ändert (und dafür müssen wie schon ein paar Leute mehr werden), hinter dem Schutzschild der radikalen Militanz gegen alle Deutschen zu verstecken, ist hübsch, aber doch schon abgedroschen. Der Zahn der Zeit nagt, der Rost des alten Kämpfers kommt doch zum Vorschein. Die Demo war doch einfach ein klasse organisierte und durchgeführte Aktion, wie es sie zur Zeit noch viel häufiger bräuchte. Die mehr als 30 Informationsveranstaltungen, die das „Bündnis gegen Rechts“ durchgeführt hat, sind eine viel zu seltene Ausnahme eines Versuchs die verschiedenen regionalen Antifagruppen zum gemeinsamen Handeln zu bewegen. 6000 militante AntifaschistInnen auf die Beine zu kriegen, ist schon mal wieder ein Motivationsschub, weiter zu machen, uns nicht kleinkriegen zu lassen.
Ein Problem hatten wir allerdings mit der Beteiligung der PDS an solchen Aktionen. Der PDS damit den „antifaschistischen Schein“ aufrechtzuerhalten, den sie nun wirklich nicht verdient hat, sollte nicht unsere Aufgabe sein. Der Versuch die Demo für sich zu vereinnahmen war doch allzu offensichtlich als Bisky in der ersten Reihe laufen wollte. Bündnispolitik mit der PDS bedeutet auch immer ein Bindeglied zwischen der Antifabewegung und solchen Reaktionären wie Ostrowski, die ja „sachlich und ***friedlich***“ mit der Nationalen Offensive (NO) reden kann und sogar im Grunde übereinstimmende Forderungen „bis hin zum Wortlaut“ sieht oder dem Bürgermeister von Berlin-Marzahn, der die Nazis in seinem Bezirk ohne Widerstand aufmarschieren läßt, herzustellen. Mehr werden ja, aber vielleicht nicht, in dem wir diesen alten Sack hinter uns her schleifen.

Antifaschistische Initiative Saar

**Diskussions- und Informationsveranstaltung:**

Wie Opfer zu Tätern gemacht werden:

**DER RASSISTISCHE BRANDANSCHLAG VON LÜBECK**

- ein Jahr danach

- **GABRIELE HEINECKE, Anwältin von Safwan Eid,** über Verlauf und Einschätzung des Prozesses
- **MitarbeiterInnen der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien** über die Medienberichterstattung
- **Bericht** über das rassistische Urteil gegen Ibrahim M. / Meiningen
- Eröffnung der **Ausstellung "Wie Opfer zu Tätern gemacht werden"** zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck


Demonstration für die Freiheit von Safwan Eid in Lübeck am 2.11.96

**Samstag, 11. Januar 1997, 19.00 Uhr**

**Erfurt, Haus der Gewerkschaften, Juri-Gagarin-Ring 150, Dunckersaal**

**VeranstalterInnen:** Projektgruppe Antinazismus der IG Medien / Gewerkschaft hbv, Landesbezirk Thüringen / IG Medien Landesbezirk Südost und Bezirk Erfurt / DGB bwt / DGB-Jugend / ran e.V. Thüringen. **UnterstützerInnen:** DGB Landesbezirk Thüringen / LAG Antirassismus/Antifaschismus / GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus







SLAMTILT!

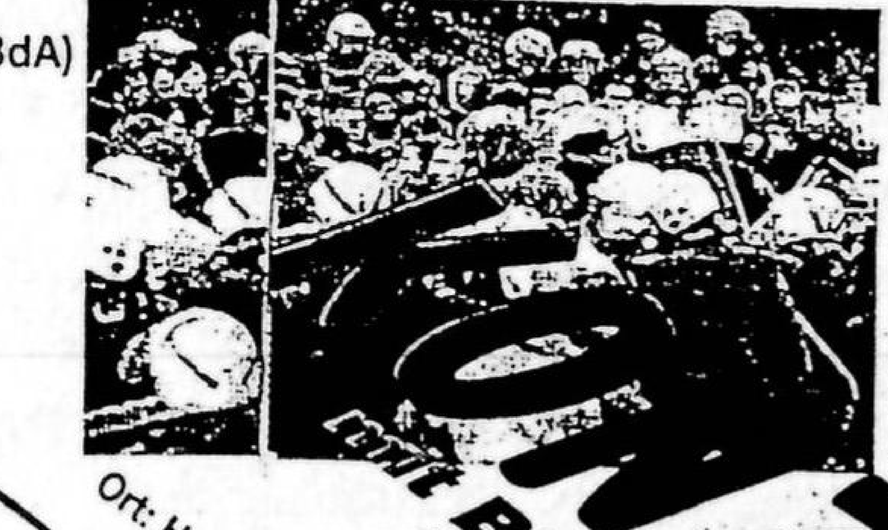
PUNK - N.K.



# II. ANTIFA-JUGENDTREFFEN

11.01.1997 Berlin – Humboldt-Universität

organisiert von
Bund der Antifaschisten (BdA)
R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N.
HUmmel-Antifa



ab 11 Uhr
Arbeitsgruppen:
- Antifa- Presse/ Öffentlichkeitsarbeit
- Workcamps
- Faschistische Strukturen (im Berliner Raum)
- Antifaarbeit/Projekte
- Weltfestspiele
- Ordnertreffen LL-Demo
- Antifa an den Unis

**KONZERT** mit
**BUD'S BALOOXE (Ska/Berlin)**
**Atomtod (Punk/Forst)**
**Compact Justice (HC/Fort)**
ab 21 Uhr
Eintritt 5,- DM
Ort: Humboldt-Uni, Eingang Dorotheenstr. / S/U-Bahn Friedrichstr. / Bus 100/157/348 / Tram

---

Jetzt neu: ***Durchblicken** mit dem **Streßfaktor!***

Hi !
**Ihr** wollt dieser geldzentrierten, grauen Welt etwas entgegensetzen mit Phantasie, Spaß und der Gewißheit, daß es ein Lächeln sein wird, das sie besiegt? **Ihr** betreibt eine besetzte Kneipe, einen Infoladen, ein Veranstaltungskollektiv oder sonst ein Sandkorn im Getriebe der Kommerzkultur und des Einheitsmedienbreis? - **Ihr** würdet Eure Veranstaltungen gerne noch öffentlicher machen? Dann schickt doch eure Termine, Ideen, Vorhaben oder Demoaufrufe an den **Streßfaktor.**
Alles ist ganz einfach: **Ihr** müßt nur Termin, Zeit, Ort und Art der Veranstaltung aufschreiben und bis zum **25.** des Vormonats abgeben beim:

**STREßFAKTOR**
**c/o INFOLADEN DANEBEN**
**LIEBIGSTR. 34**
**10247 BERLIN**

Wir sammeln die Termine, machen daraus ein nettes kleines Infoblättchen mit dem Namen **Streßfaktor** und verteilen ihn dann so, daß er zum 1. des Monats in allen Szene-Örtlichkeiten und anderen lustigen Stellen kostenlos ausliegt. Die Februar-Auflage wird bei 1500 Stück liegen. Finanzieren müßt **Ihr** das alles, daß heißt wenn ihr uns Termine zuschickt, bringen wir euch ein paar Streßfaktoren vorbei und wollen dafür 10,- von Läden wo die MitstreiterInnen nix verdieenen & 40,- von den anderen. Die Knete nehmen wir gleich bar mit (ohne große Diskusionen). Überschüsse gehen an die ZapatistInnen.

---

**Bundesweite Mobilisierung zum antifaschistischen/revolutionären Block auf der Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemonstration am 12.1.97 in Berlin, 10Uhr, Platz der Vereinten Nationen**

## Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

### Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!

Im Januar 1997 findet in Berlin die größte linke Veranstaltung in der BRD statt. 1996 kamen 100.000 Menschen zur Kundgebung an der Gedenkstätte in Friedrichsfelde; 6000 Leute gingen zur Demonstration. Die Bündnisdemonstration stellt einen Sammelpunkt für das gesamte Spektrum der Linken dar. Die Bandbreite reicht heute von marxistischen Organisationen über autonome Antifas bis hin zu Teilen der PDS. Die Demonstration ist der Versuch das stille Gedenken am Friedhof mit aktuellen politischen Forderungen zu verbinden und damit den politischen Charakter des Tages zu betonen.
1996 wurde zum 1. Mal ein revolutionärer Antifablock organisiert, an dem -obwohl nur berlinweit mobilisiert- 400 Menschen teilnahmen. Die Reaktion des Blockes auf die erstmalig und unerwarteten Provokationen der Polizei -Anlaß: das Zeigen von ERNK-Fähnchen- waren offensiv und geschlossen. Nach der Ankunft der Demo bei der Gedenkstätte kam es in Zusammenhang mit einer Agit-Prop-Aktion der Autonomen Antifa (M) zu einem Großeinsatz der Polizei. Anfangs von allen Anwesenden offensiv zurückgedrängt endete er mit vielen Verletzten, der Räumung des Platzes und der Beendigung der Veranstaltung. 14 Teilnehmer wurden -zum Teil wegen schwerem Landfriedensbruch - festgenommen, die Prozesse stehen jetzt an.
Da sich an diesem Tag eine alle linke Strömungen sammelnde Großveranstaltung mit breiter Beteiligung der Bevölkerung etabliert hat, zunehmend mehr junge Menschen die Demo besuchen und sich das Gedenken mit aktuellen politischen Forderungen verbindet, wird die Veranstaltung von staatlicher Seite angegriffen und kriminalisiert. Die anwesenden Linken sollen -durch die Medien aufgebauscht- in friedliche, unpolitische Nostalgiker und an der Eskalation interessierte, linke Chaoten gespalten werden. So soll dem Tag seine Brisanz genommen und die Gedenkveranstaltung zu einem sinnentleerten Ritual gemacht werden.
Politisches Anliegen muß es sein die Gedenkveranstaltung als wahrnehmbare Äußerung der Linken zu verteidigen. Wir finden wir es notwendig nicht die Unterschiede der Beteiligten in den Vordergrund zu stellen, sondern mit den verschiedensten Spektren zusammenzuarbeiten.
Deshalb wird auch im Januar 1997 ein antifaschistischer/revolutionärer Block auf der Demonstration organisiert, zu dem bundesweit mobilisiert wird. Da bereits von vielen Gruppen Interesse geäußert wurde sich zu beteiligen und aus verschiedenen Städten Busse organisiert werden, gibt es ein Delegiertentreffen, um die aktuellsten Informationen an alle weitergeben zu können.

**Termin: Samstag 11.1.97, 21 Uhr**
**im Nachladen, Waldemarstr. 36, 10999 Berlin**

Für genauere Informationen wendet Euch an
Antifaschistische Aktion Berlin
c/o Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin
Telefon: 030/6157329
Fax: 030/6153860
Bürozeiten: Freitag 16-20 Uhr




**Der Kampf um die Geschichte ist der Kampf um die Gegenwart!**
**Kommt alle am 12.1.97 nach Berlin!**

---

**UN ★ ZENSIERT**

Die neue Unzensiert ist da! (Nr.49 / jan'97)
Schwerpunkt Sozialabbau: was wird gestrichen?, Standort & Globalisierungsgeschwätz, Geschichte der Armut, Widerstand, u.v.m.
außerdem: Grüne und Gentechnik in Mittelhessen, Nevroz-Prozesse gegen KurdInnen, Diskussion um sexuellen Mißbrauch, u.v.m.

Unzensiert erscheint zweimonatlich und kostet im Versand:
# Einzelheft 4 Mark plus Porto (1,50 bzw. ab 4 Heften 2,50)
# Abo: 25 Mark für 5 Ausgaben (incl. Porto). Knast-Abo umsonst!
Bitte im Voraus in Scheinen od. Briefmarken zahlen!

noch zu haben: Nr.46 / jun.'96 (Schwerpunkt: Eugenik/Euthanasie/Bio-Ethik)
Nr.47 / aug '96 (Schwerpunkt: Tourismus / Fernreisen)
Nr.48 / nov.'96 (Flucht und Illegalität)

Bestelladresse: Unzensiert, c/o Infoladen, Südanlage 20 HH, 35390 Gießen







Veranstaltungen im
Cafe Größenwahn
Kinzigstr. 9

Freitag 10.1.97
FrauenLesbenVideoKino
"Out in Friedrichshain"

21.00h Die Farbe Lila

Samstag 11.1.97
ab 15.30: Ein Jahr Feie
Tolle Torten!!
17.00h Grüne Tomaten
19.30h Cinema Paradiso

Freitag 17.1.97
20.00h Bambule

*Veranstaltung des Revolutionären Funken*

---

**TAUSCHRINGE:**
Zwischen Nachbarschaftshilfe und Geldersatz
- allgemeine Theorien und lokale Erfahrungen -

(Gastvortrag mit anschließender Diskussion)

*Montag den 13. Januar um 19 Uhr im A-Laden, Rathenower Straße 22 (Berlin-Moabit)*



**Nachbereitungsreader zur Antifa-Demo in Wurzen am 16.11.1996**

**Inhalt:**
- Protokoll des Nachbereitungstreffen
- Hauptredebeiträge
- Nachbereitungstexte des BGR
- Diskussionsbeiträge anderer Antifa-Gruppen
- Berichte in Antifa-Zeitschriften
- Pressereaktionen

**zu bestellen bei:**
BGR, c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig, Fax: 0341-9608303

60 Seiten, 5,- DM + Porto
wird ständig aktualisiert; bitte diesbezüglich Material zuschicken



**weitere Materialien:**
- Broschüre "Wurzen - Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen", August 1996, 5,- DM, auch im Internet: http://www.nadir.org
- Video, Zusammenschnitt von Fernsehbeiträge vor und nach der Demo, 10 min, 5,- DM
- Infomappe "Rechtsextreme Strukturen im Muldentalkreis und Wurzen", 1991-September 1996, 120 S., 20,- DM
- ...gänzung zur Infomappe, ab Oktober 1996, ständig aktualisiert, z.Zt. 10 DM

KONGRESS: INNENSTADT IN FRANKFURT

(11.1.97 ab 12 Uhr bis 12.1.)
Ort: Festsall im Studentenhaus der Uni FFM
Themen sind u.a.:

Rassismus
Drogenhysterie
städtischer Raum

Der Kongress soll die überregionale
Kampagne im Frühjahr 97 mitvorbereiten
Auf dem ersten Vorebereitungstreffen in Berlin
im Rahmen der Vewranstaltung "minus 96"
begann die Koordination der verschiedensten
Iniativen gegen die Vertreibung
aus den Innenstädten
Dies soll auf dem Kongress fortgesetzt werden

<u>KONTAKT</u>
Innenstadt-AG
c/o DFG-VK
Vogelsbergstr. 17
60316 Frankfurt
Telefon/FAX
c/o Klaus Ronneberger
Tel.: 069/756183-36 / o. -37
FAX 069/749907

# perspektive freiheit

der deutsche staat und sein verfolgungsapparat haben gegen unseren kampf von anfang an maßnahmen eingesetzt, die nur ein ziel hatten: uns zu vernichten und mit uns jeden gedanken an die möglichkeit und perspektive des bruchs mit diesem system. grundrechte, menschenrechtskonventionen waren und sind für sie nur fetzen papier, wenn es darum geht, dieses ziel zu erreichen. wir sind jetzt bis zu 21 jahren gefangen, einige von uns das zweite oder dritte mal für diesen kampf, und wir haben alle das recht, nach diesen ganzen jahren isolation freizukommen; wir haben das recht auf zusammenlegung und politische diskussion. wir verstehen unter »lösung« für uns die durchsetzung dieser rechte, und dafür werden wir weiter kämpfen. wir vertrauen dabei auf uns und auf alle draußen, die gegen den reaktionären durchmarsch in der »neuen weltordnung« arbeiten. ein internationaler kampf und es ist auch eine frage an die antifaschistischen und fortschrittlichen menschen hier, die außerhalb des traditionellen linken spektrums arbeiten, wie sie sich dazu stellen: ob sie akzeptieren, daß dieser staat systematisch menschenrechte verletzt und den sogenannten rechtsstaat außer kraft setzt für unsere bekämpfung und heute ja weit über uns raus.

EVA HAULE, NOVEMBER '93

was ich meine, liegt tiefer - das grundverhältnis, aus dem wir uns selbst bestimmen, und wie wir uns eine politik, die radikale veränderungen erkämpfen kann, vorstellen. das ist nicht »nur« das verhältnis zum staat, sondern der gesamte existentielle widerspruch mensch - kapitalsystem, aus dem man anfängt, etwas anderes zu suchen und zu versuchen, die existentielle erfahrung, daß leben, lebensqualität und lebenssinn nur gegen diese realität des systems möglich wird. das ist für mich immer die wurzel unseres kampfs und unserer identität gewesen. wenn wir heute sagen, die probleme sind so viele und so zugespitzt, so brennend, daß überall lösungen sofort notwendig sind, die auch nur zusammen mit einer neuen gesellschaftlichen basis und gesellschaftlichen intervention erkämpft werden können - eben von allen kräften, die eine umkehrung der entwicklung durchsetzen wollen -, dann kann das ganz sicher nicht heißen: ohne diese identität, ohne dieses verhältnis. das ist doch das schwere hier »im herzen der bestie«, im stakkato von leistung und konsum, sinnentleertem leben, zerstörten menschlichen beziehungen undmenschlichen werten, oberhaupt erst zu sich zu finden, den sinn vom eigenen leben zu bestimmen und darum zu kämpfen, ihn zu realisieren, die menschen zu suchen, die für das gleiche ziel aufgestanden sind und darum kämpfen wollen: für eine menschliche welt, im einfachsten sinn.also identität herzustellen gegen die leere, die eigene achse zu finden und im politischen rangehen wiederzufinden, die trennung zwischen eigenem leben und kampf um veränderung, die hier die härteste blockierung von wirklicher politischer entwicklung ist, ganz aufzulösen. ich glaube, daß es in der auseinandersetzung um eine neue politische grundlage jetzt ganz entscheidend darum gehen wird, dieses »übermachtsdenken« aufzubrechen - daß der staat so stark ist, daß wir doch nie durchkommen mit unseren zielen - und das subjekt neu herauszuholen im ganzen politischen begriff und bewußtsein.

BRIGITTE MOHNHAUPT, FEBRUAR '93

in der metropole ist weiterhin revolutionäre politik politik der bewußten minderheit! wenn »sich öffnen« die perspektive wendet hin zu einer vorstellung von »mehrheiten gewinnen« im rahmen der metropolengesellschaft, ist die sache grundsätzlich verraten. im gefolge taumeln unweigerlich die vielen gestalten des opportunismus ins bild. wovon das abgeschmackteste das vom revolutionär als dem »guten menschen« ist. wer hierzulande von der einsamkeit zu sehr beeindruckt ist oder in furcht lebt, in dieser bürgerumwelt nicht mehr vermittelbar zu sein, ist in seiner politischen handlungsfähigkeit neutralisiert. opportunismus ist es, anziehungskraft der revolutionären sache innerhalb der kapitalistischen mentalitäten gewinnen zu wollen.

CHRISTIAN KLAR, AUGUST '93

es brauchte eine gemeinsame politische kultur, eine spürbare andere welt, um das herrschende realitätsmonopol in seiner alles und jedes erfassenden bedrohlichkeit aufzubrechen und so nicht zuletzt subjektive spielräume und entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um mit anderen zusammenzukommen.

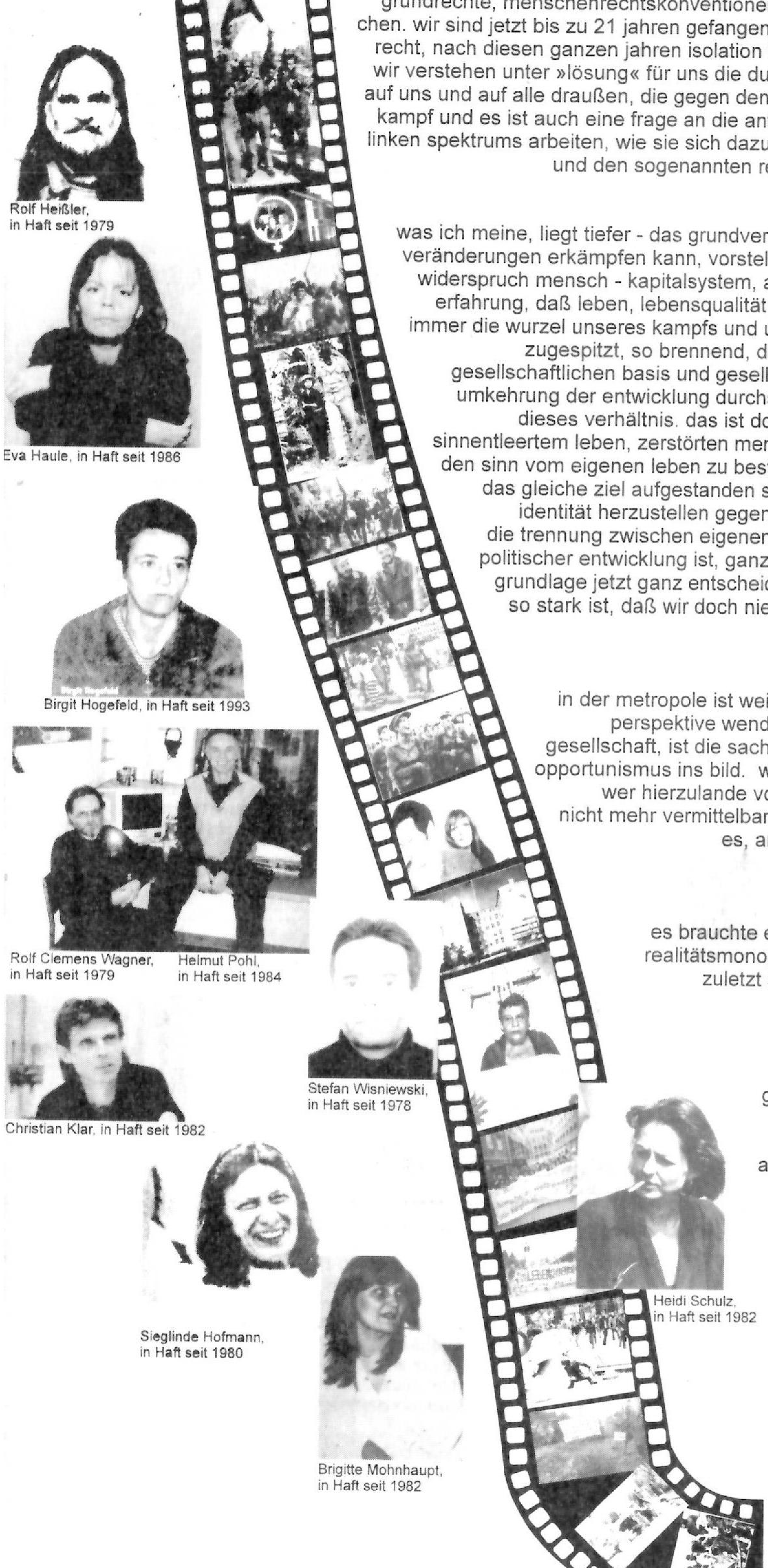
LUTZ TAUFER, JANUAR '94

was ist antirassistische, antifaschistische politik eigentlich - ist das das recht, hier geduldet zu werden, solange menschen für die verwertungsinteressen des grossen geldes, der multinationalen konzerne, ausbeutbar sind - menschenrechte, die, nach den verwertungsbedingungen des kapitals quotiert, mal proklamiert, dann außer kraft gesetzt werden, oder damit ihre exportgeschäft nicht gefährdet werden? ich denke, antirassistischer antifaschistischer kampf ist etwas anderes, ist der gemeinsame kampf mit allen völkern um befreiung.

HEIDI SCHULZ, JANUAR '93

der bewaffnete kampf war doch nicht der inhalt der raf.
der inhalt der raf war, wenn man es auf den punkt bringt, befreiung.

HELMUT POHL, FRÜHJAHR '96



Rolf Heißler, in Haft seit 1979

Eva Haule, in Haft seit 1986

Birgit Hogefeld, in Haft seit 1993

Rolf Clemens Wagner, in Haft seit 1979

Helmut Pohl, in Haft seit 1984

Christian Klar, in Haft seit 1982

Stefan Wisniewski, in Haft seit 1978

Sieglinde Hofmann, in Haft seit 1980

Brigitte Mohnhaupt, in Haft seit 1982

Heidi Schulz, in Haft seit 1982

ür die gefangenen aus der raf

für alle politischen gefangenen aus linken bewegungen **weltweit**


S.d.P.
ppe lotta c/o Schwarzmarkt
ner Schäferkamp 46 20357 Hamburg